

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin Ausgabe Juni 2005

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt EU-Militarisierung:

Tobias Pflüger

Arroganz des tumben Weitermachens,
Zur Ablehnung der EU Verfassung in Frankreich
und den Niederlanden 3

Jürgen Wagner und Tobias Pflüger

Europas Kriege der Zukunft 6

Christoph Marischka

Diese Verantwortung heißt Intervention 11

Deutschland und die Bundeswehr:

Lühr Henken

Der deutsche Rüstungsexport boomt 13

Jürgen Wagner und Tobias Pflüger

Auf in den Sudan 15

Claudia Haydt und Tobias Pflüger

Eskalation in Afghanistan 16

Andrea Anton

Militärrituale 17

Naher und Mittlerer Osten:

Joachim Guillard

Der „neue Irak“ 19

Hamit Sucu

Türkische Regierung provoziert
nationalistische Gewalt 26

US-Kriegspolitik

Joachim Guillard und Jürgen Wagner

Neoliberaler Krieger: Wolfowitz 28

Editorial:

Die deutliche Absage der Franzosen an die EU-Verfassung beim Referendum am 29. Mai ist ein großer Erfolg für die globalisierungskritische und antimilitaristische Bewegung. Damit wurde ein klares Zeichen gegen eine weitere neoliberale und militaristische Ausgestaltung der Europäischen Union gesetzt. Im Zuge der Auseinandersetzung um die Verfassung ist es auch in Deutschland gelungen, kritischen Stimmen zu diesem Vertragswerk breit Gehör zu verschaffen. Die teils hektischen, teils dreisten Versuche von Regierungsseite, die Kritik der Friedensbewegung „mundtot“ zu machen zeigt auch, dass die Herrschenden durchaus mit Sorge auf den zunehmenden Informationsgrad in der Bevölkerung reagieren.

ten. Auf dieser Grundlage könnte nun die Ablehnung in Frankreich die Chance eröffnen, die Diskussion um die Ausgestaltung eines sozialen, demokratischen und zivilen Europas endlich ernsthaft aufzunehmen und zu führen.

Seit der letzten Ausgabe des **AUSDRUCK** kam es aber auch zu einer Reihe äußerst bedenklicher Entwicklungen. Ausgerechnet der Ultrahardliner Paul Wolfowitz wurde zum neuen Chef der Weltbank gekürt, womit diese Institution noch stärker auf die Wahrung der Profitinteressen von Großkonzernen ausgerichtet werden dürfte, als dies ohnehin schon der Fall ist. Zudem beschließt die rot-grüne Bundesregierung derzeit stakkatoartig neue Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Ende April entschied der Bundestag Truppen in den Sudan zu schicken und ziemlich genau einen Monat später kam es gleich ganz ohne Parlamentsbeschluss zur Entsendung des Kommando Spezialkräfte (KSK) nach Afghanistan.

Trotz der positiven Entwicklung in Sachen EU-Verfassung geht also der Trend zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik nahezu ungebremst weiter, was die kritische Analyse dieser Entwicklungen u.a. in dieser Ausgabe des **AUSDRUCK** umso notwendiger macht.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisation, Jürgen Wagner und Christoph Marischka (verantwortlich), Andreas Seifert (Layout).

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Sudhaus, Hechingerstr. 203, 72070 Tübingen.

Bezugsbedingungen: Mitglieder und Förderer der Informationsstelle Militarisation erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 Euro im Monat). Im Jahresabo (6 Hefte): 20 Euro bzw. Förderabo 35 Euro.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisation e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten:

Δ Pflüger, Arroganz des tumben Weitermachens, in: IMI-Analyse 2005/015.
Δ Wagner und Pflüger, Europas Kriege der Zukunft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 06/2005, www.blaetter-online.de. Δ Marischka, Diese

Verantwortung heißt Intervention, in: Friedensforum 04/2005. Δ Henken, Der deutsche Rüstungsexport boomt, in: FriedensJournal, Heft 3/2005. Δ Wagner und Pflüger, Auf in den Sudan, in: Junge Welt vom 22.04.2005. Δ Guilliard und Wagner, Neoliberaler Krieger, in: Junge Welt vom 07.04.2005. .

Bildnachweise: S. 3,6,8,10, IMI; S. 20, Bearbeitung IMI; S. 15, Spiegel; S. 17, Papyrossa; S. 23, Herald Tribune; alle anderen Internet.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe:

Tobias Pflüger, ist IMI-Vorstandsmitglied und Mitglied im Europäischen Parlament. Claudia Haydt und Jürgen Wagner sind IMI-Vorstandsmitglieder. Christoph Marischka ist IMI-Beirat. Lühr Henken ist Mitglied im Hamburger Friedensforum. Andrea Anton war Praktikantin der Informationsstelle. Hamit Sucu ist türkischer Kriegsdienstverweigerer. Joachim Guilliard ist im Heidelberger Forum aktiv.

Spenden-Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist: 1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen (BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle: Informationsstelle Militarisation e.V. Hechinger Str. 203 72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Arroganz des tumben Weitermachens

Die Ablehnungen der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden als Chance für eine andere Politik nutzen

von Tobias Pflüger

Nach dem deutlichen Scheitern des EU-Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden machen hilflose Erklärungsversuche die Runde. Kommissionspräsident Barroso sprach von widersprüchlichen Zielen der französischen und niederländischen Gegner des EU-Verfassungsvertrags. Ein „Bündnis von Ängsten“ habe zu der Ablehnung beigetragen. Barroso warnte vor „Schuldzuweisungen“. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäerischen Parlaments Elmar Brok konstatierte in einer Erklärung das „Versagen der politischen Klasse.“ Den Verfassungsbefürwortern sei es nicht gelungen, den Menschen die Vorteile des Vertragsvertrags klarzumachen, so Brok. Auf den ersten Blick erscheint die politische Klasse orientierungs- und ratlos: „Keiner kann jetzt genau sagen, wie es weitergeht“, äußerte sich EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD). Gleichzeitig beeilte er sich aber, das Abstimmungsergebnis als einen „Unfall“ zu bezeichnen, den es nun zu korrigieren gelte. Der belgische Außenminister gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass dies „nicht das Ende des Verfassungsvertrages“ bedeute. EU-Handelskommissar Peter Mandelson dekretierte, dass „keine einzelner Mitgliedstaat ein Vetorecht habe“. Auch der spanische Ministerpräsident Zapatero will den Ratifikationsprozess einfach weitergehen lassen, als sei nichts geschehen. Europa sei die Lösung, „nicht das Problem.“ Am schärfsten formulierte es EU-Beauftragte für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana: „Weder der Text des Verfassungsvertrages noch die Ideen, die er enthält, seien tot.“ Seine Bitte einfach weiter wie gehabt zu verfahren und nicht in eine „psychologische Starre zu verfallen“, klingt wie ein Pfeifen im Keller. Charakteristisch ist auch die Haltung der Grünen in Deutschland. Ihr europapolitischer Sprecher entdeckte plötzlich berechtigte Kritik am Verfassungsvertrag, um im selben Atemzug die Verpflichtung zur „Verbesserung der militärischen Fähigkeiten“ im Verfassungsvertrag als Mittel zu „Abrüstung“ zu bezeichnen.

Zwar hat das imperiale Projekt der EU-Strategen einen schweren Dämpfer erhalten, gerade deshalb suchen sie aber augenblicklich fieberhaft nach Möglichkeiten, soviel wie nur möglich von den Teilen des Verfassungsvertrages zu retten, mit dem die Militarisierung der EU festgeschrieben werden sollte. Obwohl noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden ist, zeichnen sich erste Konturen und Optionen eines „Plan Bs“ ab, die beim EU-Gipfeltreffen am 16. und 17. Juni in Brüssel präzisiert werden sollen. Demgegenüber bietet das Scheitern aber auch die Möglichkeit für die Linke, nun noch offensiver in die Debatte um die Zukunft der Europäischen Union einzusteigen.

Optionen für den Plan B

Nach dem NEIN in Frankreich und den Niederlanden ist ein für den EU-Verfassungsvertrag positives Votum in Großbritannien nahezu ausgeschlossen. Die Wahrscheinlichkeit, dass in Dänemark, Irland, Tschechien oder Polen der EU-Verfassungsvertrag bei den dortigen Referenden eine Mehrheit bekommt wird immer geringer. Doch die Regierenden wollen ganz nach dem Motto „business as usual“ weitermachen: „Der Ratifikationsprozess in den Mitgliedstaaten muss weitergehen“, forderte Bundeskanzler Gerhard Schröder ebenso wie Barroso und andere. Gleichzeitig wurde eine Neuverhandlung des Vertrages ausgeschlossen. So wird Unmut unter der Bevölkerung geschürt.

Gemäß der getroffenen Vereinbarung, die auch im EU-Verfassungsvertrag in Artikel IV-443 (4) festgehalten ist, dass die EU-Staats- und Regierungschefs über das weitere Vorgehen beraten werden, sobald vier Fünftel, also 20 der EU-Staaten den Vertrag ratifiziert haben, möchte man wohl zumindest dieses Etappenziel erreichen. In der Zwischenzeit sollen schon mal Nägel mit Köpfen gemacht werden. Eine detaillierte Darstellung der möglichen Optionen wurde vom Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) der Bertelsmannstiftung erstellt, dem wohl wichtigsten Think Tank was die Aus-

gestaltung des Verfassungsvertrags anbelangt. Die CAP-Autoren schlagen vor, in der nun eintretenden Zwischenphase soviel wie möglich Bestimmungen irreversibel in die Praxis umzusetzen: „Die frühzeitige Implementierung bestimmter Verfassungsneuerungen wird nicht nur die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der EU-25 verbessern. Darüber hinaus werden politische Tatsachen geschaffen, von denen die EU-Mitgliedstaaten auch im Falle eines endgültigen Scheiterns der Verfassungsratifikation nur schwerlich abrücken können.“ Dies könnte beispielsweise den weiteren Ausbau der Europäischen Rüstungsagentur betreffen. Die eigentliche Schwierigkeit ist allerdings, dass Regelungen, die substanzial in das

bestehende Mächtegleichgewicht der Union eingreifen, grundsätzlich ratifizierungspflichtig sind und damit nicht durch die Hintertür umgesetzt werden können. Damit die diesbezüglichen Bestimmungen des Verfassungsvertrages, insbesondere die Neuregelung der Stimmengewichtung zu Gunsten der EU-Großmächte, in Kraft treten können, ist aber dessen Annahme durch sämtliche Mitgliedsstaaten, also auch den NEIN-Sagern, erforderlich. Für ein Inkrafttreten des Vertrages müssten entweder die JA-Länder ein neues Staatenbündnis auf der Grundlage des EU-Verfassungsvertrages bilden, oder aber die NEIN-Sager aus der Union austreten, beziehungsweise dem Vertrag doch noch zustimmen. Eine wie auch immer geartete Koexistenz innerhalb der Europäischen Union zwischen Staaten, die auf Grundlage des Nizza-Vertrages und denen, für die der EU-Verfassungsvertrag Geschäftsgrundlage ist, ist schlicht unmöglich.

Deshalb ist es für die Regierenden von außerordentlichem Interesse, dass es unter allen Umständen zur Annahme des Verfassungsvertrages kommt, weshalb Europa-Ideologen, wie der Sozialdemokrat Jo Leinen bereits ein neuerliches Referendum in Frankreich anstreben. Der luxemburgische EU-Ratspräsident Jean-Claude Juncker äußerte sich diesbezüglich schlicht, dass die „Länder, die NEIN gesagt haben, sich mit der Abstimmungs-

frage erneut auseinandersetzen werden müssen.“ Als Extrembeispiel denken die CAP-Autoren sogar die Möglichkeit an, in Frankreich könne „ein zweites Referendum mit der Frage nach der Zukunft der französischen EU-Mitgliedschaft verbunden werden.“ Mit solch einer Drohkulisse, verbunden mit konkreten Maßnahmen für „Intensives politisches Marketing“ soll die französische Bevölkerung dann zur Einsicht bewogen werden. Die EU-Ideologen lernen aus ihrem Scheitern bei der Abstimmung vor allem, dass sie in Zukunft die Propagandamaschinerie besser ölen sollten, um alle, die sich ihrem Projekt eines neoliberalen und militaristischen Europa widersetzen, auch in Zukunft als Nationalisten diffamieren zu können. Die besondere Attraktivität einer Verabschiedung des Verfassungsvertrages im Gesamtpaket liegt darin, dass es deutlich schwieriger sein wird, die ebenfalls konsensuell erforderliche Ratifizierung einzelner Aspekte zu erreichen. Man wird allerdings sehen müssen, inwieweit diese Option auch nur kurzfristig eine Zukunft hat, da es augenblicklich fraglich ist, ob überhaupt genug Länder den Vertrag ratifizieren werden. Zudem spielt der englische Premierminister Tony Blair angesichts der trüben Aussichten auf eine Annahme in Großbritannien bereits mit dem Gedanken, das Referendum dort auszusetzen, um seine politische Zukunft nicht zu gefährden.

Damit wäre aber der Verfassungsvertrag endgültig gescheitert, da ein erzwungener Austritt Frankreichs oder sogar mehrerer Länder aus der EU undenkbar ist. Für diesen Fall überlegen sich die EU-Strategen gegenwärtig eine weitere Option. Sie sähe vor, wesentliche Aspekte, insbesondere die Stimmengewichtung, aus dem Gesamtpaket auszugliedern und stattdessen über Änderungen der europäischen Verträge zu beschließen. Dies würde zwar dennoch eine Ratifikation durch sämtliche Einzelstaaten erfordern, zöge aber nicht zwingend Referenden nach sich, womit deren Verabschiedung wahrscheinlicher würde. Laut CAP-Studie betrifft dies „vor allem die Neuerungen der EU-Institutionen. Hierzu gehören unter anderen die Einführung eines Präsidenten des Europäischen Rates, die Etablierung des Entscheidungsverfahrens der ‚doppelten Mehrheit‘, die Verkleinerung der Kommission, die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und die Schaffung des Amtes eines EU-Außenministers sowie die Stärkung der Rechte des EP und der nationalen Parlamente.“ In fast allen dieser Fälle „wäre jedoch eine

förmliche Änderung der europäischen Verträge erforderlich. Anstelle einer umfassenden Neuverhandlung könnten einzelne Aspekte des Verfassungsvertrages herausgegriffen (z.B. die „doppelte Mehrheit“) und im Wege einer kurzfristig einberufenen Regierungskonferenz („Mini-Regierungskonferenz“) oder über eine Inkorporation in künftige Beitrittsverträge in Kraft gesetzt werden. Da nur einige wenige Änderungen der europäischen Verträge zu beschließen wären, könnten die meisten Mitgliedstaaten auf die Durchführung eines neuen Referendums verzichten.“

Man möchte also die Entscheidungskompetenz über die künftige Ausrichtung der Europäischen Union wieder weg von ihren BürgerInnen und hin zu den Regierungen verlagern. Allerdings dürfte sich besonders die Neuregelung der Stimmengewichtung als extrem schwierig erweisen. Insbesondere Polen, aber auch alle mittelgroßen- und kleinen EU-Länder werden hierdurch massiv benachteiligt, was der Hauptgrund für Warschaws ursprünglich heftigen Widerstand gegen den Verfassungsvertrag war. Die damals von Deutschen ausgerechnet an Polen gerichteten Drohungen, etwa von CAP-Leiter Werner Weidenfeld, um das Land „umzustimmen“, ließen an Schärfe nichts vermissen: „Polen wird sehr schnell spüren, was es bedeutet, alleine den historischen Kurs Europas aufhalten zu wollen. Von der Finanzplanung bis zur Strukturpolitik wird der polnischen Regierung ein eisiger Wind ins Gesicht wehen - was naturgemäß die Verhandlungsbereitschaft wachsen lässt und die innenpolitische Bereitschaft zum Kompromiss fördert.“

Nachdem mit Spanien, Polens letzter Verbündeter seine Position gewechselt hatte, gab das Land zwar seinen Widerstand gegenüber dem Verfassungsvertrag auf, ob solche Drohungen es aber dazu bewegen werden, eine solche Regelung, die ausschließlich zu Gunsten der EU-Großmächte ist, außerhalb eines umfassenden Gesamtpakets namens Verfassung zu schlucken, ist mehr als zweifelhaft.

Verfassung ist abgelehnt - jetzt auch die Militarisierung ablehnen!

Zwar ist damit zu rechnen, dass Europas Strategen versuchen werden, im militärpolitischen Bereich auf ein „Weiter so!“ zu drängen und konsequent den Pfad in Richtung einer hochgerüsteten global kriegsführenden Militärmacht EU weiter zu beschreiten, dieses Bestreben entbehrt aber nach dem Referendum in Frankreich jeglicher, schon vorher fraglichen

Legitimation. Trotzdem setzt z.B. der CDU-Außenpolitiker Karl Lamers als Konsequenz aus dem französischen Referendum noch eins drauf wenn er fordert, die EU-Armee „könnte Katalysator einer gemeinsamen Außenpolitik und Gegenstück zu einer gemeinsamen Währung sein.“ Berlin und Paris müssten ihre „im vergangenen Jahr begonnene Initiative für eine europäische Armee wieder aufgreifen und gemeinsam mit Spanien entschlossen vorantreiben.“ In diesem Kontext sind auch Rufe nach einer verstärkten Zusammenarbeit auf Grundlage von Nizza wie in der Süddeutschen Zeitung zu sehen: „Mindestens acht Regierungen könnten sich zu einer ‚verstärkten Zusammenarbeit‘ zusammenschließen. Das erlaubt der EU-Vertrag von Nizza, bis auf weiteres die einzige Geschäftsgrundlage der Europäischen Union.“ Solch ein Projekt wie es Lamers vorschlägt, ist aber kaum auf Grundlage des gültigen Nizza-Vertrages möglich, der unmissverständlich klarstellt, verstärkte Zusammenarbeit „kann nicht Fragen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen betreffen.“ Trotzdem soll nicht eine Abkehr, sondern eine Intensivierung des EU-Kriegskurses für deutsche Konservative die französische Abstimmung nach sich ziehen.

Was aber bedeutet das NEIN für die Linke an kommenden Aufgaben?

Zum einen ist bemerkenswert, dass unionsweit von den neuen sozialen Bewegungen bis zum DGB das Ergebnis als Forderung nach einem sozialeren Europa interpretiert wird. Alle Umfragen in Frankreich über die Hauptmotivation des NEIN bestätigen diese Sichtweise klar. Das bedeutet, dass jetzt der Kampf gegen Neoliberale und Europa-Ideologen um einen anderen Verfassungsvertrag begonnen werden muss. Diese Auseinandersetzung muss von links offensiv mit eigenen Eckpunkten für einen anderen Verfassungsvertrag angegangen werden. Ein kompletter Gegenentwurf macht keinen Sinn, da es über die konkreten Zuständigkeiten der verschiedenen EU-Institutionen und bzgl. detaillierter Regelungen in einem möglichen zukünftigen EU-Verfassungsvertrag in der Linken, der Friedensbewegung und der globalisierungskritischen Bewegung sehr unterschiedliche Auffassungen gibt. Die Verständigung auf Grundsätze ist hier eine gute Möglichkeit, doch Einigung zu erzielen.

Die Ablehnungen müssen nun auch inhaltlich Ernst genommen werden, das gilt auch für die Militarisierung der Europäischen Union, sie verliert mit den Ergeb-

nissen der Referenden in Frankreich und den Niederlanden ihre Grundlage. Genau die inhaltliche Kritik, die wir am Verfassungsvertrag geübt haben (Neoliberale Wirtschaftspolitik, Militarisation und inhaltsleere Grundrechtscharta) müssen wir nun vertiefen. Die Politik der EU insbesondere in diesen Bereichen muss nun auch von den sozialen Bewegungen stärker in den Blick genommen werden. Dies gilt insbesondere auf militär- und außenpolitischem Gebiet.

Mit der Absage an die Strategen der EU und an diesen EU-Verfassungsvertrags ist damit auch jede vertragliche Übereinkunft zur EU-Militarisierung gescheitert. Daraus folgt nicht nur, dass dieser Prozess sofort zu stoppen ist, sondern vielmehr, dass die konkreten Schritte zur Militarisierung, die im Vorgriff auf den Verfassungsvertrag bereits umgesetzt oder eingeleitet wurden, nun zurückgenommen werden müssen.

Dies gilt es nun in den Mittelpunkt der kommenden Kampagnen der Friedensbe-

wegung zu stellen. Was die Staats- und Regierungschefs unter sich auf den EU-Gipfeln vereinbart haben, muss nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrages zugunsten einer zivilen EU zurückgenommen werden. Das bedeutet konkret, um nur einige Stichworte der EU-Militarisierung der letzten Jahre zu nennen:

- Auflösung der Battle Groups und den Verzicht auf das vorgesehene Aufstellungsprogramm der Schlachtgruppen
- Auflösung der Rüstungsagentur
- Ende der militärischen Kerneuropaprogramme d.h. keine Umsetzung der „strukturierten Zusammenarbeit“
- Stopp der Aufrüstungsprojekte, die die EU für die globale Kriegsführung fit machen sollen
- keine weitere heimliche Umsetzung einer Aufrüstungsverpflichtung
- Beendigung der engen Kooperation der EU mit der NATO und in diesem Zusammenhang eine Kündigung des Berlin Plus-Rahmenabkommens, dass den Rückgriff auf NATO-Kapazitäten regelt

- Beendigung von Militäreinsätzen der EU, die beispielsweise mit der ALTHEA-Mission in Bosnien für eine Ausweitung des Einsatzspektrums in Richtung militärische Terrorbekämpfung und Kriegen zur angeblichen „Abrüstung“ Dritter für die EU-Interventionstruppen, als vorbereitende Testfelder dienen

Ausblick

Das Scheitern des EU-Verfassungsvertrags eröffnet die Möglichkeit für eine andere Politik. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Militär- und Außenpolitik. Es wird jetzt darum gehen, die aus der Kritik am EU-Verfassungsvertrag gewonnenen Punkte in konkrete Kampagnen gegen die EU-Militarisierung umzusetzen. Das man hierbei die politische Klasse, Militärs und Kapital als Gegner und große Teil der Bevölkerung als mögliche Verbündete hat, sollte als Ansporn begriffen werden, um die versteinerten Verhältnisse der EU-Militarisierung zum Tanzen zu bringen.

Europäische Visitenkarten

EU-Verteidigungsminister beschlossen Verhaltenskodex für Militärinterventionen

»Europäische Soldaten sind unsere Visitenkarten in der Welt«, mit diesem Worten lobte der luxemburgische Verteidigungsminister Luc Frieden, daß die EU-Verteidigungsminister sich bei ihrem Treffen zu Wochenbeginn in Brüssel auf einen Verhaltenskodex für Militärinterventionen geeinigt haben. Dieser Kodex sieht vor, daß die Soldaten ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiede beachten sollen, daß sie die Menschenrechte einhalten sollen. Sexuelle Ausbeutung und der Gebrauch von Drogen sollen verboten werden.

Dies war notwendig geworden, nachdem immer mehr Militärmissionen von der EU durchgeführt werden sollen. So findet zur Zeit in Bosnien die sogenannte ALTHEA-Mission mit über 7 000 Soldaten unter der EU-Flagge statt. Geplant ist zudem, den Kosovo-Einsatz von der NATO zu übernehmen. Im Planungszustand sind auch noch mögliche Einsätze in der indonesischen Provinz Aceh. Nach eigenem Selbstverständnis sollen all diese Einsätze auch dazu dienen, die Europäer für kommende Kampfeinsätze fit zu machen.

Für diese Einsätze muß selbstverständlich kräftig aufgerüstet werden. So verabschiedete der EU-Ministerrat einen neuen Katalog von militärischen Beschaffungen, um möglichst bald eine wirkliche globale Kriegsführungsfähigkeit erreichen zu können. Alle sechs Monate soll in Zukunft überprüft werden, was die EU-Mitgliedsstaaten hier schon erreicht haben.

Angesichts dieses Aufrüstungsszenarios ist es schon erstaunlich, daß mit Vehemenz jede Militarisierung der EU von den EU-Verteidigungsministern dementiert wird. Luc Frieden betonte denn auf dem Ministertreffen noch einmal explizit, daß »Europa kein Europa mit militärischer Dimension werden soll«. Zugleich betonte er allerdings, daß »Europa eine Außenpolitik wünscht, in der die Verteidigungsdimension eine wichtige Rolle spielt.«

Auch was die Frage der Kampfgruppen angeht, fielen wichtige Entscheidungen beim Ministertreffen. So wurden noch einmal die Resultate des Treffens vom 11. Mai bestätigt. Hier war verabredet worden, daß bis 2007/2008 die volle Kampfbereitschaft erreicht werden soll. In diesem Zusammenhang ist auch die Einbindung des NATO-Mitglieds Norwegen in das Schlachtgruppenkonzept von Bedeutung. Vom 1. Januar 2007 an sollen zwei Operationen gleichzeitig geführt werden können. In jedem Falle sollen 2005 drei Kampfgruppen, 2006 und 2007 noch einmal jeweils drei und 2008 vier weitere Schlachtgruppen aufgestellt werden. Diese 13 Einheiten sollen jeweils 1500 Mann umfassen und binnen 15 Tagen einsetzbar sein.

In Brüssel wurde vereinbart, daß - ohne jede vertragliche Grundlage - jetzt auch noch die EU-Rüstungsagentur mit weitreichenden Aufgaben versehen wird. Die europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden von den Ministern einfach vor vollendete Tatsachen gestellt. Gerade auch angesichts der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages von weiten Teilen der Bevölkerung in Frankreich und den Niederlanden entbehrt dies nicht einer gewissen Pikanterie. Für die EU-Rüstungsunternehmen war ja bekanntlich von entscheidender Bedeutung, daß die Rüstungsagentur in der EU-Verfassung vertraglich verankert wurde. Forderungen nach einem Moratorium beim Aufbau der Rüstungsagentur, zumindest bis zu den Referenden im Herbst 2006, die über den Verfassungsvertrag entscheiden, verhallten denn bisher auch ungehört. Das zivile Europa ist völlig aus dem Blick des EU-Ministertreffens geraten. Stattdessen geht es nur um ein besseres Funktionieren von Aufrüstung und der Zusammenarbeit bei künftigen Kriegseinsätzen.

Tobias Pflüger

Europas Kriege der Zukunft

von Jürgen Wagner und Tobias Pflüger

Trotz der gesteigerten Aufmerksamkeit im Zuge der Debatte um den EU-Verfassungsvertrag ist die massiv vorangetriebene europäische Außen- und Militärpolitik bisher noch viel zu wenig in den Fokus zivilgesellschaftlicher Kritik geraten. Dabei geht aus dem *European Defence Paper* eindeutig hervor, dass die Europäische Union Gefahr läuft, sich zu einer militarisierten und interventionistischen Macht zu entwickeln, für die Krieg als Mittel der Politik zur Normalität wird.

Die Militarisierung der EU wird derzeit über drei zentrale Dokumente vorbereitet, legitimiert und weiterentwickelt: die Europäische Sicherheitsstrategie, den EU-Verfassungsvertrag und das besagte *European Defence Paper*. Geht es nach den Staat- und Regierungschefs der EU, soll der von ihnen am 29. Oktober 2004 unterzeichnete Verfassungsvertrag so schnell wie möglich ratifiziert werden. Falls es dazu kommen sollte, ist, wie die friedens- bzw. militärpolitischen Vertragsabschnitte zeigen, das Projekt einer „zivilen EU“ beendet. Besonders problematisch sind die Festschreibung weltweiter EU-Kampfeinsätze, eine explizit festgeschriebene Aufrüstungsverpflichtung und die zunehmende Aushebelung des Parlamentsvorbehalts hinsichtlich künftiger Entscheidungen über EU-Interventionen.¹ Darüber hinaus hat man sich durch die im Dezember 2003 einvernehmlich verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) erstmalig auf ein gemeinsames Strategiepapier für den Bereich der Außen- und Militärpolitik verständigt.

Die Zukunft europäischer Kriege: Das European Defence Paper

Auf der Grundlage der Europäischen Sicherheitsstrategie wurde nun mit dem

European Defence Paper auf Anweisung der EU-Regierungen eine weitere Konkretisierung künftiger Militäreinsätze vorgenommen. Veröffentlicht vom wichtigsten EU-eigenen Think Tank, dem *Institute for Security Studies* (ISS) in Paris, präsentiert eine hochrangig besetzte Expertengruppe hierin verschiedene militärische Einsatzoptionen für die EU.² Dieser Katalog kann als Blaupause für die weitere Entwicklung der europäischen Militärpolitik betrachtet werden und verdient daher eine genauere Analyse.

Mehrere Aspekte sind an dem Dokument bemerkenswert: die Offenheit, mit der ein Zusammenhang zwischen europäischen Interessen und abgeleiteten militärischen Einsatzoptionen benannt wird; das Interesse an einer militärischen Absicherung der neoliberalen Weltwirtschaftsordnung; Präventivkriege, für die selbst eine nukleare Einsatzoption nicht ausgeschlossen wird; die starke Betonung, militärisch für die Absicherung von Handels- und Rohstoffströmen sorgen zu müssen; sowie das offen als Konkurrenz beschriebene Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Für diese Interessenkomplexe entwirft das *European Defence Paper* schließlich konkrete Einsatzszenarien – verbunden mit einer Analyse, welche Kapazitäten derzeit noch fehlen würden, um Kriege künftig erfolgreich führen zu können.

Während man es lange Zeit eher vermied, explizit „europäische Interessen“ zu benennen, lässt das *European Defence Paper* diesbezüglich jegliche Zurückhaltung vermissen: „Die Union ist ein strategischer Akteur mit Werten und Interessen, die es zu schützen und zu verbreiten gilt.“ (S. 13) Das Papier unterscheidet dabei zwischen „Werteinteressen“ und „vitalen Interessen“, aus denen es konkrete „Missionen“ zu deren militärischem Schutz ableitet.

Die militärische Absicherung neoliberaler Globalisierung

Im Zentrum der derzeitigen europäischen Strategiedebatten steht die Frage, wie auf die Vielzahl von Konflikten in der „Dritten Welt“ reagiert werden sollte. Omnipräsent sind hier die Überlegungen von Robert Cooper, dem Büroleiter des Hohen Beauftragten für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana. Sein Einfluss zeigt sich unter anderem darin, dass ein von ihm verfasster Entwurf der Europäischen Sicherheitsstrategie im Wesentlichen in die Endfassung übernommen wurde.³ Für Cooper erfordert das „prämoderne Chaos“, das durch eine „Welt voll von gescheiterten Staaten“ charakterisiert wird, eine „neue Form des Imperialismus.“ Nur wenn es gelänge, den Segnungen der Globalisierung weltweit Geltung zu verschaffen, könne das Entstehen so genannter gescheiterter Staaten, die als Rückzugs- und Rekrutierungsgebiete für Terroristen dienen, verhindert werden. Dass dabei Globalisierung und neoliberale Weltwirtschaftsordnung von Europas Strategen gleichgesetzt werden, wird aus den entsprechenden Passagen von Verfassung und ESS ebenso deutlich wie aus Coopers eigenen Schriften⁴, in denen er die bedingungslose Übernahme der neoliberalen Agenda zum Hauptziel europäischer Außenpolitik erklärt. Dies ist die erste Komponente des von ihm propagierten „liberalen“ bzw. „freiwillige[n] Imperialismus der globalen Ökonomie.“ Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt [...]. Diese Institutionen bieten Staaten, die ihren Weg zurück in die globale Ökonomie und in den tugendhaften Kreis von Investitionen und Prosperität finden wollen, Hilfe an. Im Gegenzug stellen sie Forderungen auf, von denen sie hoffen, dass sie die politischen und ökonomischen Versäumnisse beheben, die zu der ursprünglichen Notwendigkeit für Unterstützung beitragen.“⁵ Recht unverhohlen wird erwartet, dass die vom Westen aufgestellten Spielregeln der Globalisierung eingehalten werden. Im *European Defence Paper*



Werteinteresse	Mission
Internationaler Friede und Sicherheit	Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung internationalen Rechts
Universell akzeptierte Normen und Wert	Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedensschaffende Maßnahmen

Quelle: *European Defence Paper*, S. 13

wird ebenfalls die Einhaltung „universell akzeptierter Normen und Werte“ als „Werteinteresse“ definiert. Generell zielt europäische Außenpolitik auf „die Stärkung einer regelbasierten internationalen Ordnung.“ (S. 13)

Tatsächlich wird mit diesem Bekenntnis zur neoliberalen Globalisierung der Bock zum Gärtner gemacht. Denn es ist die von neoliberaler Politik ausgelöste Verarmung und sozioökonomische Desintegration in weiten Teilen der Welt, die den einflussreichsten Faktor für das Ausbrechen von gewaltsamen Konflikten darstellt – wie selbst die Weltbank inzwischen einräumt.⁶ Dieser Zusammenhang wird auch vom *European Defence Paper* explizit anerkannt: „Die Globalisierung schafft auch Spannungen und Konflikte. Ökonomische Krisen, versagende Regierungen, ethnische Gewalt und religiöse Feindschaften werden durch den Graben zwischen den Besitzenden und den Habenichtsen verstärkt. Diese Trennlinien kreuzen das alte geopolitische System, das auf Territorien und Souveränität basiert.“ (S. 16) Selbst der ehemalige EU-Außenkommissar Chris van Patten räumte ein, „dass es eine Beziehung gibt zwischen globaler Ungerechtigkeit, dem Zusammenbruch von Ländern sowie Gewalt und Instabilität und Terror.“⁷ Da die EU zudem „das von fehlgeschlagenen Staaten ausgehende Problem erkannt hat, da es den Terrorismus sowie Proliferation und manchmal beides befördert“ (S. 26), kann aus dieser Feststellung eigentlich nur ein Schluss gezogen werden: nämlich dass die Abkehr vom neoliberalen Projekt die beste und einzig vernünftige Sicherheitsstrategie darstellt. Allerdings wird das Gegenteil propagiert: „Das Ziel ist die Entstehung eines ‚Rings von Freunden‘ in Osteuropa und dem Mittelmeer, aneinander gebunden über gleiche Werte, offene Märkte und Grenzen.“ (S. 24)

Da man sich über den konfliktverschärfenden Charakter neoliberaler Politik im Klaren zu sein scheint, ist man primär darum besorgt, den Dampfkessel dieser Armutskonflikte militärisch unter Kontrolle zu halten.⁸ Im *European Defence Paper* wird dieses Bestreben explizit zu einer militärischen Aufgabe erhoben, die folgende „Missionen“ beinhaltet: „Stabilitätsexport zur Sicherung und Stärkung fundamentaler Normen und Freiheiten; humanitäre Hilfe; Friedenserhaltung; friedensschaffende Maßnahmen.“ (S. 13) Explizit benennt das ISS-Papier den „Zusammenbruch staatlicher Strukturen in Afrika“ (S. 20) als direkte Gefahr für Europa. Militärisch ist es das Ziel,

eine Ausbreitung globalisierungsbedingter Armutskonflikte so rasch wie möglich mittels der 13 geplanten, je 1500 Mann starken schnellen Eingreiftruppen (*battle groups*) zu bekämpfen: „Das Battlegroups-Konzept ist die konzeptionelle und strukturelle Umsetzung des ‚Out of Area‘-Konzepts der EU. Es dient der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU in Krisen, die, ohne ein militärisches Engagement, drohen, sich auszuweiten oder außer Kontrolle zu geraten.“⁹

Dass nun in einem europäischen Dokument der Begriff des „vitalen Interesses“ auftaucht, der anzeigt, dass bei dessen Bedrohung militärische Einsätze selbstverständlich werden, sollte zu denken geben

Das europäische Imperium

Da eine Ablehnung des westlichen Ordnungsmodells aus Sicht der EU-Strategen zum Scheitern staatlicher Systeme und damit letztlich zu einem Anstieg von Terrorismus und Proliferation führt, wird dessen Ausbreitung und Absicherung zwangsläufig zu einem sicherheitspolitischen Imperativ. Dies stellt die zweite, „harte“ Komponente von Coopers liberalem Imperialismus dar. Sie zielt darauf ab, den „freiwilligen Imperialismus der globalen Ökonomie“ auch denjenigen zuteil werden zu lassen, die Coopers Begeisterung hierfür aus verständlichen Gründen nicht teilen: „Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“¹⁰

Ungeachtet aller Differenzen stößt Coopers Konzept bei amerikanischen Neokonservativen verständlicherweise auf große Zustimmung: „Cooper wendet sich mit seiner Argumentation an Europa und verbindet sie angemessenerweise mit der

Aufforderung, Europa solle seine – ‚physische wie psychologische‘ – Verteidigung nicht länger vernachlässigen. Tatsächlich beschreibt er aber nicht die Zukunft Europas, sondern Amerikas Gegenwart. [...] Die Vereinigten Staaten sind gezwungen, zuweilen nach den Spielregeln einer Hobbeschen Welt zu agieren, auch wenn sie damit gegen europäische Normen verstoßen. [...] Nur wenige Europäer räumen ein, wie Cooper es implizit tut, dass ein derartiges amerikanisches Vorgehen der zivilisierten Welt durchaus zum Nutzen gereichen mag [...].“¹¹

Wer nicht bereit ist, die mit heutigen Konflikten elementar zusammenhängende Weltwirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage zu stellen, dem wird wenig anderes übrig bleiben, als diese mittels imperialer Politik abzusichern. Auch in Europa wird deshalb inzwischen versucht, dem Imperialismusbegriff eine positive Konnotation zu verleihen. Exemplarisch hierfür sind die Ausführungen des Politikwissenschaftlers Herfried Münkler, seines Zeichens einer der Urheber der Theorie der „Neuen Kriege“. Für ihn bedingen die friedensfördernden Aspekte westlicher Ordnungsvorstellungen, dass den „Systemadministratoren“ ähnlich der Polizei im Inland ein legitimes Gewaltmonopol in Form ihres Militärs zukomme. Nur so könne die Ordnung aufrechterhalten und der „Sturz ins Chaos“ verhindert werden.¹² Für Münkler dienen militärische Interventionen nicht mehr egoistischen, einzelstaatlichen Interessen, sondern dem „Gemeinwohl“; Krieg wird zu einer Frage der inneren Sicherheit umdefiniert: „Im Gefolge der ökonomischen Imperialismustheorien haben wir uns daran gewöhnt, Imperien mit Unterdrückung und Ausbeutung zu identifizieren. Genauso lassen sich Imperien aber auch als Friedensgaranten, Aufseher über politische und kulturelle Werte und Absicherer großräumiger Handelsbeziehungen und Wirtschaftsstrukturen begreifen.“¹³

Da es im Inland wie im Ausland natürlich Verlierer dieser Ordnung gibt, plädiert Münkler für „die Herstellung von imperialer Ordnung zwecks Absicherung von Wohlstandszonen an den Rändern. In diesem Modell gibt es zentrale Regionen, die müssen inkludiert, also territorial kontrolliert werden – das ist zum Beispiel die Golfregion.“ Offen propagiert er eine Interventionspolitik nach Huntingtons Motto „The West Against the Rest“: „Der Zwang zu einer zunehmenden Politik der Intervention ist auch die Reaktion auf die Konsequenzen der Globalisierung an der Peripherie. Es bleibt die Frage, ob

es gelingt, die zentralen Bereiche in die Wohlstandszonen zu inkludieren, also in der Fläche Ordnung herzustellen, und den Rest zu exkludieren. Es steht aber außer Frage, dass an diesen neuen ‚imperialen Barbarengrenzen‘ der Krieg endemisch wird, nämlich in Form von Pazifizierungskrieg aus dem Zentrum in die Peripherie hinein und in Form von Verwüstungskrieg aus der Peripherie ins Zentrum.“ Die Frage, „ob Europa überhaupt die Möglichkeit hat, dem Zwang zur Imperialität zu entgehen,“ beantwortet sich mit solchen Analysen natürlich wie von selbst: „Irgendwann muss – und wird – Schluss mit der Erweiterung zu Bedingungen der Vollintegration sein. [...] Dann entstehen an den Grenzen Europas jene Gefällestrukturen, die typisch sind für imperiale Machtformen. Deshalb werden wir lernen müssen, die Kategorie des Imperiums in Zukunft [...] vielmehr als eine alternative Ordnungskategorie des Politischen, nämlich als Alternative zur Form des Territorialstaates“ zu denken.¹⁴

Letztlich spricht Münkler mit der Forderung nach einem europäischen Imperium lediglich offen aus, was in dem europäischen Verfassungsvertrag, der ESS und dem *European Defence Paper* angelegt ist. Denn dort heißt es: „Die postmoderne europäische Ordnung muss komplettiert, vor allem aber verteidigt und abgesichert werden.“ (S. 14) Gleichzeitig wird der Schutz dieser Ordnung ohne deren Ausweitung als unmöglich erachtet: „Der neue internationale Kontext wirft eine grundsätzliche Frage auf: Kann der Postmodernismus, beschränkt auf eine Region, wirklich funktionieren? Die Europäische Sicherheitsstrategie liefert uns eine erste Antwort: [...] Die Europäische Union ist *zwangsläufig* ein globaler Akteur [...]. Europa sollte bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und eine bessere Welt zu übernehmen.“ (S. 21) Leider ist die Essenz der postmodernen europäischen Ordnung, Coopers „freiwilliger Imperialismus der globalen Ökonomie“ nebst militärischer Absicherung, genau das Gegenteil eines verantwortlichen Umgangs mit globaler Sicherheit – und

dient schon gar nicht zur Schaffung einer gerechteren Welt.

Neben diesem eher allgemeinen Interesse an der Absicherung des neoliberalen Weltwirtschaftsmodells kommt das ISS-Papier aber auch auf handfeste Interessen zu sprechen. Dass nun in einem europäischen Dokument der Begriff des „vitalen Interesses“ (S. 13) auftaucht, der – wie in amerikanischen Strategiepapieren – anzeigt, dass bei dessen Bedrohung militärische Einsätze selbstverständlich werden, sollte zu denken geben. Dabei verblüfft es, mit welcher Offenheit der Zusammenhang zwischen strategisch-ökonomischen Interessen und militärischen Einsätzen benannt wird. Denn als ein „vitaler Interesse“ deklariert das *European Defence Paper* die „ökonomische Überlebensfähigkeit“. Die hierfür erforderliche „Mission“ sei der „Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen.“ (S. 13)

Europäische Präventivkriege und das Ende der Abschreckung

Da man auf die militärische Wahrung dieser vitalen Interessen nicht verzichten möchte, wird eine Präventivkriegsstrategie anvisiert. In Anlehnung an die US-amerikanische Sicherheitsstrategie kommt auch das *European Defence Paper* zu dem Ergebnis, Terroristen könnten nicht abgeschreckt, also über die Drohung mit massiver Vergeltung von einem Angriff abgehalten werden: „Klassische Abschreckung ist irrelevant gegen solche Gruppen, [weshalb] präemptive Operationen entweder mit polizeilichen oder militärischen Kräften gegen eine Gruppe und sein Netzwerk“ notwendige Einsatzoptionen seien. (S. 17) Mit dem Verweis auf das „Netzwerk“ trägt das Papier dem Umstand Rechnung, dass solche Operationen in einem bestimmten Staat, in dem terroristische Gruppen vermutet werden, stattfinden müssten – und nähert sich somit der amerikanischen Präventivkriegsstrategie an.

Während es im Falle von terroristischen Gruppen zumindest umstritten ist, ob sie sich tatsächlich unter keinen Umständen

abschrecken lassen, trifft dies ganz sicher nicht für so genannte „Schurkenstaaten“ zu. Bekanntlich ist deren oberstes Ziel der Erhalt ihrer staatlichen Integrität – gerade hierin liegt begründet, dass sie versuchen, an Massenvernichtungsmittel zu gelangen, da sie verständlicherweise bestrebt sind, sich vor den teils recht unverhohlenen Interventionsdrohungen und Ankündigungen militärischer Regimewechsel zu schützen.¹⁵

Dennoch kommt das ISS-Papier zu folgender Bedrohungsanalyse: „Als Erstes besteht die Gefahr, dass Pjöngjang eine ballistische Rakete mit 10000 Kilometer Reichweite entwickeln könnte, die Europa direkt treffen könnte.“ (S. 18) Als ob Kim Jong-il keine anderen Sorgen hätte, als aus dem Nichts heraus Europa anzugreifen. Trotzdem müssen solche Szenarien erhalten, um das eigentliche Interesse zu verschleiern. Denn nicht das Versagen des Prinzips der Abschreckung ist das Problem, sondern dass sie funktioniert: „eine Nuklearisierung des höchst instabilen Mittleren Ostens hätte direkte Konsequenzen für Europa [...]. Manche mögen argumentieren, dass diese Proliferationsrisiken keine direkte militärische Gefahr für die Union als solche darstellen, aber da 50 Prozent des europäischen Energiebedarfs aus dieser Region kommt, sind sie eine direkte Bedrohung.“ (S. 18 f.) Wie die hieraus abgeleiteten Einsatzszenarien verdeutlichen, will man mit allen, notfalls auch militärischen Mitteln sicherstellen, dass ölreiche Länder ihre Ressourcen im Sinne Europas verwenden. Dies bedeutet, präventiv zu verhindern, dass ein Land über die Fähigkeit verfügt, mittels Massenvernichtungsmittel ein solches Eingreifen abzuschrecken. Selbst die nukleare Option wird dabei offen gehalten.

Die Vorstellung eines nuklearen Angriffskrieges ist jetzt auch auf europäischer Ebene verankert worden. Lothar Rühl, ehemaliger Staatssekretär im deutschen Verteidigungsministerium und Mitautor des *European Defence Paper*, stellt zufrieden fest, dass das Thema „Präemption/Prävention“ in dem Dokument zwar

Vitales Interesse	Mission
Die Integrität der Mitgliedsstaaten	Heimatverteidigung und Konsequenzmanagement
Ökonomische Überlebensfähigkeit	Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen
Soziale und politische Sicherheit	Die Bekämpfung organisierter Kriminalität und Stabilitätsexport zur Verhinderung massiver Flüchtlingsströme

Quelle: *European Defence Paper*, S. 13



vorwiegend unter dem Aspekt von Kriegseinsätzen mit konventionellen Streitkräften und operativen Spezialkräften behandelt wird. „Immerhin“ werde aber die Möglichkeit erwähnt, britische und französische Nuklearstreitkräfte „explizit oder implizit“ einzubeziehen.¹⁶ Im Papier selber heißt es in Bezug auf künftige EU-Kriegseinsätze: „Wir haben es nicht vermieden, Szenarien zu präsentieren, in welchen die nationalen Nuklearstreitkräfte europäischer Mitgliedstaaten (Großbritannien und Frankreich) entweder explizit oder implizit in die Planung mit einfließen könnten.“ (S. 68) Da Massenvernichtungsmittel, die in tief verbunkerten Zielen lagern, mit konventionellen Mitteln nicht zu zerstören sind, denken beide europäischen Atommächte über Optionen zur nuklearen Prävention nach.¹⁷

Zwar wird im *European Defence Paper* darauf hingewiesen, die Frage nuklearer Prävention sei keineswegs konsensuell diskutiert worden. Allein die Tatsache, dass sie nicht kategorisch ausgeschlossen wird, ist aber schon ein alarmierendes Zeichen. Obwohl auch in dieser Frage eine weitgehende Übereinstimmung mit US-amerikanischen Strategiepapieren besteht, kommt im ISS-Papier dennoch das Konkurrenzverhältnis zwischen Washington und Brüssel zur Sprache.

Das *European Defence Paper* ist ein weiterer Schritt auf Europas Weg „eine Supermacht auf dem europäischen Kontinent, ebenbürtig mit den Vereinigten Staaten“ zu werden, wie der ehemalige EU-Kommissar Romano Prodi das Hauptziel der Union formulierte.¹⁸ Das ISS-Papier konstatiert allerdings nüchtern, dass Washington alles andere als gewillt ist, dies zuzulassen: „Die Arbeitshypothese der Nationalen Sicherheitsstrategie unterstreicht Amerikas unanfechtbare weltweite Vorherrschaft. Aber diese beispiellose Hegemonialposition [...] muss aufrechterhalten werden, um andere Staaten davon abzuhalten, die amerikanische Machtfülle herauszufordern [...]. Keinem Staat wird es erlaubt, mit den USA gleichzuziehen.“ (S. 30)

Da dies offensichtlich mit den europäischen Präferenzen kollidiert, folgt im *European Defence Paper* eine ganze Litanei harscher Vorwürfe, wie sie bislang in dieser Schärfe in einem semi-offiziellen Dokument noch nicht aufgetaucht sind: Die USA hätten „revisionistische Ambitionen“, verfolgten einen „manichäischen Ansatz“, geprägt von einer „ideologischen Perspektive“ sowie „missionarischem Eifer“, der „Krieg als Lösung der neuen Sicherheitsprobleme“ betrachtet.

(S. 35) Zwar treffen diese Beschuldigungen weitgehend zu. Aus dem Munde derjenigen, die sich 1999 beim Angriffskrieg gegen Jugoslawien noch prächig mit den USA verstanden, wirft dieser Ansatz jedoch Fragen auf, zumal von den fünf im *European Defence Paper* anvisierten Einsatzoptionen künftig vier unter alleiniger europäischer Führung, also vollständig unabhängig von Washington, umsetzbar sein sollen. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass man bestrebt ist, notfalls auch gegen den Willen der USA eigene Interessen militärisch wahrnehmen zu wollen.

Die Praxis künftiger EU-Kriege

Aus den beschriebenen Interessen leitet das Papier fünf Einsatzszenarien ab, zu denen europäisches Militär künftig in der Lage sein soll. Da sind zunächst die so genannten friedenserhaltenden Einsätze. Man geht nach dem Vorbild des KFOR-Einsatzes im Kosovo von der Notwendigkeit aus, 30 000 Soldaten drei Jahre lang in einem Land stationieren zu können, das bis zu 2 000 Kilometer von Brüssel entfernt liegt. Die erforderlichen Kapazitäten hierfür seien bereits vorhanden.

Zweitens geht es um „humanitäre Interventionen“: Im Falle angeblicher oder tatsächlicher humanitärer Katastrophen will man künftig mit 10 000 Soldaten im Umkreis von 5 000 Kilometern um Brüssel Einsätze ein Jahr lang ausführen können. So gut wie alle Fähigkeiten für derartige Interventionen seien bereits vorhanden.

Drittens betont das *European Defence Paper* die Notwendigkeit, künftig Präventivkriege zur Zerstörung terroristischer Strukturen und/oder von deren Massenvernichtungswaffen führen zu können. Zwar ist in dem Dokument wiederholt von nicht-staatlichen Akteuren die Rede, aber solche Einsätze beinhalten immer auch – wie das im Papier benannte Vorbild, *Enduring Freedom* in Afghanistan, zeigt – einen Angriff auf die Länder, die beschuldigt werden, Terroristen zu beherbergen. Für diese Einsätze benötige man etwa 5 000 Soldaten, wobei ein weltweites Operationsgebiet vorgesehen ist. Nach einem solchen Einsatz müsse wahrscheinlich eine friedenserhaltende Operation durchgeführt werden. Die Defizite in den Bereichen schnelle Verlegefähigkeit und Satellitenaufklärung gelte es zu beheben.

Das vierte Szenario betrifft die „Homeland Security“, also den Schutz des eigenen Territoriums. Europäisches Militär soll zur Verteidigung vor terroristischen Angriffen innerhalb des EU-Gebietes eingesetzt werden können. Dies eröffnet gleichzeitig die Möglichkeit der präventi-

ven Aufstandsbekämpfung im Innern der EU.¹⁹

Fünftens geht es um Regionalkriege zur Verteidigung europäischer Interessen: „Künftige regionale Kriege könnten europäische Interessen tangieren [...], indem europäische Sicherheit und europäischer Wohlstand direkt bedroht werden, zum Beispiel durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder eine massive Erhöhung der Energiekosten, [oder] die Störung der Handels- und Warenströme.“ (S. 81) Konkret wird folgendes, augenscheinlich an den Golfkrieg 1991 erinnernde Szenario beschrieben: „In einem Land x, das an den Indischen Ozean grenzt, haben anti-westliche Kräfte die Macht erlangt und benutzen Öl als Waffe, vertreiben Westler und greifen westliche Interessen an.“ Ziel sei es deshalb, „das besetzte Gebiet zu befreien und die Kontrolle über einige der Ölinstallationen, Pipelines und Häfen des Landes x zu erhalten.“ (S. 83) Während alle vorherigen Szenarien von der EU entweder im Alleingang oder als alleinige Führungskraft bewältigt werden sollen, scheint letzteres dann doch noch eine Nummer zu groß. Das *European Defence Paper* betont, ein solcher, bis zu 4 500 Kilometer von Brüssel entfernter Einsatz könne auf absehbare Zeit nur im Verbund mit den USA bewältigt werden. Trotzdem zeigt die Zielgröße einer europäischen Beteiligung mit 60 000 Soldaten an einer insgesamt 250 000 Soldaten umfassenden Interventionsarmee, dass man über eine stärkere Beteiligung auch größere Mitspracherechte anstrebt – Washingtons Neigung, auf europäische bzw. deutsche und französische Interessen zuletzt wenig Rücksicht zu nehmen, ist nicht in Vergessenheit geraten und soll sich offensichtlich nicht nochmals wiederholen.

Militärmacht EU

Schon heute ist die militärische Komponente der Europäischen Union alles andere als der viel gescholtene „Papiertiger“. Die EU-Eingreiftruppe wurde inzwischen für einsatzbereit erklärt; erste Militäreinsätze auf dem Balkan (Mazedonien) und in Afrika (Kongo) fanden bereits 2003 statt. Die so genannte ALTHEA-Mission der EU, die im Dezember 2004 die Führung des bis dahin SFOR genannten Militäreinsatzes in Bosnien von der NATO übernahm, umfasst bereits 7 000 Soldaten und symbolisiert damit den – vorläufigen – Höhepunkt der Militarisierung der EU-Außenpolitik.

Für das *European Defence Paper* soll dies allerdings erst der Anfang sein. Es

kommt auf Grundlage seiner Einsatzszenarien zu dem Ergebnis, dass zwischen 150000 und 200000 Soldaten so schnell wie möglich permanent für Auslandseinsätze zur Verfügung stehen sollen. Der Abschied von den Konzepten einer zivilen EU und von Landesverteidigung als einziger Aufgabe des Militärs spiegelt sich schließlich auch in dem Ziel wieder, langfristig 50 Prozent aller europäischen Truppen für Kriegseinsätze abstellen zu wollen.

Natürlich muss für derart ambitionierte Großmachtbestrebungen auch kräftig investiert werden. Defizite sehen die Autoren des Weißbuchs vor allem hinsichtlich mangelhaft vorhandener Transportkapazitäten und weltraumgestützter Aufklärungsfähigkeiten, die allerdings derzeit über die Beschaffung des Militärairbus A400M (Kosten von 8,3 Mrd. Euro) und des Hercules- Programms (6,6 Mrd. Euro) sowie des bisher Galileo genannten, EU-eigenen Satellitensystems behoben werden. Insgesamt geht das *European Defence Paper* von einem Investitionsbedarf von zusätzlich mindestens 40 Mrd. Euro aus. Allein für den Bereich der „EU- Sicherheitsforschung“ wird im so genannten Klich-Bericht des Europäischen Parlaments derzeit ein jährliches Budget von einer Milliarde Euro gefordert. Dies alles verdeutlicht, dass von einer „zivilen EU“ keine Rede mehr sein kann.

Wie schreibt doch Robert Cooper: „Wie man seine Interessen definiert, ist ein Spiegel dessen, wie man sein Land definiert.“²⁰ Folgerichtig versuchen die Mili-

tärstrategen, die EU in die Rolle eines expansionistischen Akteurs zu drängen, für den militärische Intervention und nicht zuletzt militärische Rohstoffsicherung zur Selbstverständlichkeit werden.

Anmerkungen

¹ Vgl. Tobias Pflüger, Vertragliche Militarisierung, in: „Ausdruck – Das IMI-Magazin“, 6/2004.

² European Defence Paper, A Proposal for A White Paper, Institute for Security Studies, Paris, Mai 2004. (Im Folgenden mit Seitenzahl im Text.)

³ Fraser Cameron, Europas neue Sicherheitsstrategie, in: „Internationale Politik“, 1/2004, S. 39-50, S. 42.

⁴ Vgl. Ulrich Duchrow, Der Gott der EU-Verfassung, in: „Zeitschrift für Entwicklungspolitik“, Heft 5-6/2004.

⁵ Robert Cooper, The Post-Modern State, in: Mark Leonard (Hg.), Re-Ordering the World, London 2002, S. 11-20, hier S. 18.

⁶ Vgl. World Bank, Breaking the Conflict Trap: Civil War and Development Policy, Oxford 2003.

⁷ Zit. n. Clyde Prestowitz, Schurkenstaat: Wohin steuert Amerika? Düsseldorf 2004, S. 291.

⁸ Vgl. Jürgen Wagner, Neoliberale Geopolitik: Transatlantische Konzepte einer militärischen Absicherung der Globalisierung, in: „Ausdruck – Das IMI-Magazin“, 1/2005.

⁹ Ronja Kempin, Frankreich und die EU-Battlegroups, Stiftung Wissenschaft und Politik, Diskussionspapier vom 17.05.2004; vgl. auch Otfried Nassauer,

Europas schnelle Eingreifverbände. Das Battlegroup- Konzept, BITS Stichwort 11/2004, www.bits.de/public/stichwort/eingreiftruppe.htm.

¹⁰ Cooper, a.a.O., S. 16.

¹¹ Robert Kagan, Macht und Schwäche. Was die Vereinigten Staaten und Europa auseinander treibt, in: „Blätter“, 10/2002, S. 1194-1206, hier S. 1204 f.

¹² Vgl. Herfried Münkler, Angriff als beste Verteidigung? In: „Internationale Politik und Gesellschaft“, 3/2004, S. 22-37, hier S. 23.

¹³ Herfried Münkler, Das imperiale Europa, in: „Die Welt“, 29.10.2004.

¹⁴ Alte Hegemonie und Neue Kriege: Herfried Münkler und Dieter Senghaas im Gespräch, in: „Blätter“, 5/2004, S. 539-552, hier S. 549 f.

¹⁵ Vgl. Jeffrey Record, Nuclear Deterrence, Preventive War, and Counterproliferation (= CATO Policy Analysis No. 519), 8.7.2004, S. 1.

¹⁶ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 1.10.2004 zit. n. Informationen zur deutschen Außenpolitik, Atomkrieg, 11.10.2004, www.german-foreign-policy.com/de/news/article/1097359200.php.

¹⁷ Bruno Tertrais, Nuclear policy: France stands alone, in: „Bulletin for the Atomic Scientists“, 4/2004, S. 48-55.

¹⁸ Zit. n. Charles Kupchan, The End of the American Era, New York 2002, S. 155.

¹⁹ Vgl. hierzu Hannes Hofbauer, Osterweiterung: Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration, Wien 2003, S. 204.

²⁰ Robert Cooper, Die Moral der Amoral in der Außenpolitik, in: „Transit“, 25/2003.



analysen, fakten & argumente

institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e. V.

von Heider

**MILITÄRMACHT
EUROPA**

Die EU auf dem Weg
zur globalen
Weltmacht



ISW REPORT NR. 56
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Heider 2004

„... haben die Festungsherren beschlossen, sich künftig auch militärisch weltweit einzumischen. Mit eigenen Truppen – mindestens im Radius von 4.000 Kilometern rund um Brüssel. Panzerkreuzer Europa?“

isw-report 56
Dezember 2003, 3,00 EUR zzgl. Versand
Mitherausgeber: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Dokumentation zum Hearing in München
Mitherausgeber: Bündnis München gegen Krieg
und Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

isw-spezial 18
Dezember 2003, 2,50 EUR zzgl. Versand

**DER IRAK-KRIEG
und die Folgen**

**DIE DEUTSCHE
MITTÄTERSCHAFT**
am völkerrechts-
widrigen Angriffskrieg
gegen den Irak
und die
mörderischen
KONSEQUENZEN
deutscher Politik

ISW SPEZIAL-NR. 18
Institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Wagner 2004

www.isw-muenchen.de

für Friedens- und Antikriegs-Initiativen: ab 10 Expl. versandkostenfrei / ab 20 Expl. 20% Rabatt

**Bestellungen
Gesamtprogramm**

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V., Johann-v.-Werth-Str. 3
80639 München. fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

Diese Verantwortung heißt Intervention.

Wie die UN mit einem neuen Sicherheitsbegriff den Großmächten in die Hände spielen

von Christoph Marischka

Die USA machten es vor...

Ganz klar: Aus der Sicht westlicher Industriestaaten haben sich die Bedrohungen für die internationale Sicherheit gewandelt. Ein Krieg zwischen kapitalistisch entwickelten Staaten ist gegenwärtig relativ unwahrscheinlich und deshalb müssen sich sowohl die nationalen als auch die internationalen Sicherheitssysteme neuen Bedrohungen zuwenden und einen neuen Begriff von Sicherheit entwickeln, um sich weiterhin zu legitimieren. Die USA erhielten am 11. September 2001 sozusagen eine Steilvorlage für eine solche neue Bedrohungsanalyse und riefen in der Folge den „Krieg gegen den Terror“ aus, der nach Bushs eigener Aussage nie zu Ende geführt werden kann und sowohl im eigenen Land als auch global geführt werden muss. Doch die Nationale Sicherheitsstrategie (NSS) vom September 2002, deren Hauptthema die Bekämpfung des Terrorismus ist, umfasste in bisher nicht da gewesener Weise auch zivile Maßnahmen und angesichts der Terroranschläge erhöhte die US-Regierung 2002 erstmals seit Jahren das Budget für Entwicklungshilfe. Auch verfolgten die USA bei ihrem Krieg gegen den Terror von Anfang an einen multilateralen Ansatz mit „Partnern“ und „Freunden“. Der Auftakt dieser Serie militärischer Handlungen gegen die neuen Bedrohungen, der Afghanistan-Krieg, war noch vom UN-Sicherheitsrat legitimiert worden, doch spätestens seit dem 3. Golfkrieg wurde deutlich, dass die Definitionen von Bedrohungen und die Analyse angemessener Reaktionen von den Interessen der mächtigen Staaten abhängig ist und die USA willens sind, auch ohne UN-Mandat souveräne Staaten anzugreifen. Diese Haltung gegenüber den UN brachte die US-Administration schon zuvor in o. g. Sicherheitsstrategie zum Ausdruck, in der von den UN nur ganz am Rande die Rede ist.

UNO unter Druck

Vor diesem Hintergrund konstatierte der UN-Generalsekretär Kofi Annan im September 2003, die UN seien an einem Scheidepunkt angelangt und berief eine „Hochrangige Gruppe für Bedrohungen,

Herausforderungen und Wandel“ ein, die eine neue, konsensfähige Bedrohungsanalyse und Vorschläge zu Reformen der UN erarbeiten sollte.

Den abschließenden Bericht dieser Gruppe stellte Annan der Generalversammlung im Dezember 2004 vor, er trägt den Titel „Eine sichere Welt – unsere gemeinsame Verantwortung“.

Dieser Bericht ist inhaltlich ein Kompromiss zwischen den Großmächten, welcher militärischen Interventionen Vorschub leistet. Die neuen und vorrangigen Bedrohungen werden in sechs Kategorien angegeben: 1. Kriege zwischen Staaten; 2. Gewalt innerhalb von Staaten; 3. Armut, Infektionskrankheiten und Umweltzerstörung; 4. Massenvernichtungswaffen; 5. Terrorismus und 6. Grenzüberschreitende organisierte Kriminalität. Damit folgt der Bericht im Wesentlichen der in der US-Amerikanischen Sicherheitsstrategie vom September 2002 gemachten Vorgabe einer Bedrohungstirade durch Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und gescheiterte Staaten, die von der EU in ihrer Europäischen Sicherheitsstrategie im Dezember 2003 übernommen wurde und erweitert den Sicherheitsbegriff zugleich im Sinne sowohl der USA als auch v. a. der Europäischen Union um Themen wie Armut, Krankheiten und Umwelt.

Jede der sechs Bedrohungskategorien wird anschließend näher begründet und vorbeugende Maßnahmen erörtert, wobei mit der 3. Kategorie (Armut, Krankheiten und Umwelt) begonnen wird, die dadurch eine irreführende Prominenz erhält: Zwar wird festgestellt, dass diese Probleme oft Grundlage der weiteren Bedrohungen seien und somit Entwicklung die „vorderste Verteidigungslinie eines Systems der kollektiven Sicherheit“ sein muss. Doch so unterschiedliche Probleme wie Umweltzerstörung, Armut und Krankheiten werden zusammen gerade einmal so eingehend behandelt wie Massenvernichtungswaffen, Terrorismus und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität im Einzelnen. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu dem Verhältnis zwischen menschlichen Opfern durch Armut und Krankheiten einerseits und bspw. dem

Terrorismus andererseits, sondern deutet auf einen grundsätzlichen Bewusstseinswandel der UN hin, die sich bislang auch stark um ökonomische, humane und ökologische Belange kümmerte, ohne dies jedoch sicherheitspolitisch zu begründen. Dies war vielleicht die wirkliche Qualität der UN, denn diese Politiken verliefen oft im tendenziellen Widerspruch zu den Machtgefällen im internationalen System.

Mit dem Grundlagenpapier „Eine sichere Welt – unsere gemeinsame Verantwortung“ wird menschliche Sicherheit nicht mehr als Selbstzweck definiert, sondern als Interesse der westlichen konsolidierten Staaten. Armut wird nicht als Problem an sich betrachtet, sondern als Nährboden für Krieg und Terrorismus und deshalb eingereiht in eine Reihe von Bedrohungen, denen letztendlich militärisch zu begegnen ist. Denn die „Hochrangige Gruppe“ hat zwar wohl erkannt, dass viele neue Bedrohungen, sowie internationale Politik insgesamt, zunehmend von nicht-staatlichen Akteuren gestaltet wird, bleibt aber im alten Denkmuster verhaftet, dass nur Staaten (im Staatenbund) Sicherheit gewährleisten können. Aus der Feststellung, dass im Verhältnis immer weniger Konflikte zwischen Staaten ausgetragen werden als innerhalb von Staaten, folgt eine Ignoranz gegenüber der Tatsache, dass viele Gefahren für die Individuen von Staaten und einem durch die mächtigsten Staaten forcierten Wirtschaftssystem ausgehen. Während die Idee der UN bei ihrer Gründung vor dem Hintergrund der zwei Weltkriege die Eindämmung militärischer Außenpolitik von Staaten war, fordert nun die UN verstärkte Interventionen und sogar zusätzliche militärische Kapazitäten. In diesem Kontext ist die „Verantwortung zum Schutz (der Individuen)“, welche neue Leitdevise der UN werden soll, und auf die der Titel des Papiers anspielt, eine besorgniserregende Einladung zu zukünftigen Interventionen und zivilmilitärischer Zusammenarbeit. Dieser Richtungswechsel der UN folgt sicherlich zweck-rationalen Erwägungen, indem sie den strategischen Leitbildern und dem Sicherheitsbegriff der Großmächte folgt um ihren Fortbestand und Einfluss zu sichern. Wenn aber dieser Sicherheitsbegriff, der menschliche Sicherheit mit nationaler Verteidigung auf eine Stufe stellt, durch die UN zum internationalen Konsens wird, ist ein neues Schlagwort geboren, welches, entsprechend der „humanitären Intervention“, je nach Interesse einzelnen Staaten eine Legitimation bietet, hier oder dort seine

„Verantwortung zum Schutz“ wahrzunehmen und im Namen der „menschlichen Sicherheit“ zu intervenieren.

EU wird konkret

Zeitlich parallel zur Hochrangigen Gruppe wurde vom EU-Außenbeauftragten Solana im Herbst 2003 eine Studiengruppe zu den Fähigkeiten und Möglichkeiten der europäischen Sicherheitspolitik eingesetzt, die im September 2004 abschließend eine „Human Security Doctrine for Europe“ an Solana übergab. Sie ist gewissermaßen die vorauseilende Umsetzung der „Verantwortung zum Schutz“ und der Beweis, dass die EU und vor allem Deutschland mit Aussicht auf einen ständigen Sitz im UN-Sicher-

heitsrat es kaum erwarten können, ihre „Verantwortung“ wahrzunehmen. In ihr wird vorgeschlagen, eine zivil-militärische *Human Security Response Force* mit 10.000 SoldatInnen und 5.000 ZivilistInnen als Speerspitze zukünftiger EU-Interventionen aufzustellen. Argumentiert wird hier ähnlich wie in dem UN-Papier zugleich über moralische Verpflichtungen und „Aufgeklärtes Eigeninteresse“, die wie von Geisterhand auf dieselben Handlungen verweisen, nämlich Interventionen um in instabilen Regionen wieder funktionierende (marktliberale) Rechtsstaaten zu schaffen. Diese sollen, wenn möglich, mit Zustimmung des Sicherheitsrates stattfinden, es werden aber auch Einsätze ohne Mandat für möglich gehalten. Die

Human Security Doctrine argumentiert, ähnlich wie die „Hochrangige Gruppe“ der UN und die US-Sicherheitsstrategie über die Globalisierung, die Bedrohungen transnational werden lässt und somit die ganze Welt zum Einsatzgebiet macht. Damit existieren bereits drei Akteure, die für sich beanspruchen „Weltinnenpolitik“ zu betreiben und global die eigene Sicherheit zu verteidigen. Die USA im Namen der „Freiheit“, die EU im Namen der „menschlichen Sicherheit“ und die UN im Namen einer „Verantwortung zum Schutz“. Freilich gehen die USA dabei bisher am aggressivsten vor, was aber vor allem in ihrem militärischen Potential begründet liegt.

EU-EURATOMsponsoring

Kritik an 7,3 Mio Euro EURATOM-Forschungsgelder für das EU- „Endlager“-Projekt in Bure, am geplanten atomfreundlichen neuen 7. EU-Forschungsrahmenprogramm und an der Einbindung des EURATOM-Vertrages in den EU-Verfassungsvertrag

Die Hochrisikotechnologie Atomkraft hinterlässt ein unlösbares Atommüllproblem - statt weiter Atommüll zu produzieren ist ein sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie dringend erforderlich. Deshalb ist es ist dringend notwendig gegen das Endlagerprojekt im lothringischen Bure zu protestieren und sich mit den Anti-Atom-Initiativen und das Widerstandshaus „Bure Zone Libre“, die gegen das dort geplante „Endlager“-Projekt protestieren zu solidarisieren.

Bure darf 2006 nicht zum Endlager erklärt werden. Es gibt bis heute keine Lösung für das strahlende Erbe und ein europaweiter Ausstieg aus der Atomkraft ist notwendig, d.h. der EURATOM-Vertrag muss endlich beendet werden.

Im Jahre 2006 wird vom französischen Parlament eine grundsätzliche Entscheidung bezüglich der Atommüllendlagerung und eines Standortes getroffen. Statt der gesetzlich vorgegebenen 3 Standorte zur Erkundung wird aktuell nur in Bure geforscht. Der Atommüll häuft sich seit mehr als 40 Jahren durch die zivil-militärische Atomindustrie Frankreichs an - ohne Aussicht auf eine Lösung -, denn der hochradioaktive Müll sollte dabei für mindestens 1 Million Jahre von der Biosphäre abgeschirmt werden. Dass dies unmöglich ist, betonen kritische Geologen seit langem.

Der EURATOM-Vertrag wird ausgerechnet durch den EU-Verfassungsvertrag bekräftigt. Der EURATOM-Vertrag bleibt einerseits voll gültiger eigenständiger Vertrag und wird andererseits durch das 36. Protokoll des EU-Verfassungsvertrags („Protokoll zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft“) angepasst und Teil des EU-Verfassungsvertrags. Dort heißt es, „dass die Bestimmungen des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft weiterhin volle rechtliche Wirkung entfalten müssen.“ Das ist ein weiterer Grund gegen den EU-Verfassungsvertrag zu sein. Beides ist anzulehnen: der EURATOM-Vertrag und der neoliberalen, militaristischen und undemokratischen EU-Verfassungsvertrag, dieser opfert auch Ökologie dem Profit und fördert Atomkraft.

Die zivile und militärische Nutzung der Atomkraft sind untrennbar miteinander verbunden: Da die Atomindustrie international kooperiert, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gerade auch der Anti-Atom-Bewegung wichtiger den je.

Leider betreibt die Europäische Union eine aktive Pro-Atomenergiepolitik. So werden schon jetzt 7,3 Millionen Euro aus Forschungsgeldern des anachronistischen EURATOM-Vertrags in das so genannte „Endlager“-Projekt Bure gesteckt. Seit 1999 wird in Bure auch mit deutschen und EU-Geldern geforscht. 7,3 Mio. Euro über ESDRED, Engineering Studies and Demonstration of Repository Design und im Rahmen des 6. EURATOM-Forschungsprogramms. Ziel sei es die Eignung des dortigen Lehm-Ton-Gesteins zur Lagerung von hochradioaktivem Müll nachzuweisen.

Mit dem 7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union für den Zeitraum 2007 bis 2013 ist geplant, die Gelder im Rahmen des EURATOM-Programms um über 200 % (zum vorherigen Forschungsprogramm) aufzustocken, so sollen die Gelder für die Atom-Fusionsforschung von 824 Millionen auf 2,167 Milliarden Euro steigen, die Gelder für Atomspaltung, Endlager und Strahlenschutzforschung von 209 auf 395 Mio. Euro und die Gelder für die atomaren Joint Research Forschungszentren von 319 auf 541 Mio. Euro steigen. Insgesamt sollen also die Atomforschungsmittel der EU von 1,352 Milliarden auf 3,103 Milliarden Euro erhöht werden. Ein Hauptzahler ist die Bundesrepublik Deutschland, sie zahlt fast ein Viertel.

Wie diese umfangreiche EU-Atomenergieforschung, die auch mit deutschen Geldern finanziert wird, mit dem angeblichen Atomausstieg zusammenpassen soll, mögen die rot-grünen Koalitionäre in Berlin erklären. In der EU Atomenergie fördern und zuhause vom Atomausstieg faseln, ist typisch rot-grün.

Der Pseudoausstieg in Deutschland wird durch neue Atommeiler in Frankreich und Osteuropa ergänzt - so plant das deutsch-französische Konsortium von Siemens und Framatom mit dem EPR den Bau neuer Atomkraftwerke in Finnland und Frankreich. Die EU unterstützt dies durch den EURATOM-Vertrag. Dies sind genug Gründe sich in Zukunft noch stärker gegen Atomkraft in Europa und das Endlagerprojekt in Bure zu engagieren.

Tobias Pflüger

Der deutsche Rüstungsexport boomt und boomt und ...

Warum sich Schröder trotzdem so ins Zeug legt

von Lühr Henken

Restriktiven Rüstungsexportpolitik?

Bundeskanzler Schröder hat seinen seit Dezember 2003 öffentlich gemachten Einsatz für die Aufhebung des seit 1989 bestehenden EU-Waffenembargos gegenüber China in den letzten Monaten erheblich verstärkt (vgl. hierzu die Rede des Kanzlers im Bundestag am 14. April 2005). Zwar wird von den Befürwortern dieses Rüstungsexports betont, dass eine Aufhebung des Embargos nicht bedeute, dass Waffenexporte aus europäischen Staaten nach China ermöglicht würden. Der Hinweis darauf, dass dann ja der Verhaltenskodex der EU für Rüstungsexporte wirksam werde, der Lieferungen in Spannungsgebiete und auch in Länder verbiete, wo die Interessen befreundeter Staaten und Verbündeter beeinträchtigt würden, ist wenig stichhaltig. Denn der EU-Verhaltenskodex vom Juni 1998 enthält keine verbindlichen Regelungen, wann Rüstungsexporte zu unterbleiben haben. Mit einer rein symbolischen Aufhebung würde sich China ohnehin nicht zufrieden geben, ist es doch an einer Aufrüstung insbesondere der Marine sehr interessiert. Anfang des Jahres machte Lothar Rühl in einem FAZ-Artikel darauf aufmerksam, dass die Chinesen einen Plan für den Bau von 20 hochmodernen U-Booten hätten: „Moderne konventionelle Boote für Langzeit-Unterwasserfahrt kann am besten Deutschland bauen und liefern“ (FAZ 6.1.2005), meinte er. Es winke ein Auftrag von rund 10 Milliarden Euro, um den sich sicher auch französische Werften bewerben würden. Dass sich Schröder gegenüber China so ins Zeug legt, ist nicht nur dem (rüstungs-)wirtschaftlichen Interesse geschuldet, sondern soll auch den rot-grünen Wunsch nach einem UN-Sicherheitsratssitz befördern. Dass der Kanzler in der deutschen Rüstungsexportpraxis jegliche Hemmungen abgelegt hat, wurde zuletzt durch die Zahlen des Rüstungsexportberichts 2003 der Bundesregierung belegt. Er stellt die schon miserable Bilanz unter Kohl noch in den Schatten. Der jährliche Durchschnittswert tatsächlicher deut-

scher Kriegswaffenexporte unter Schröder (1996-1998: 4,15 Mrd. EUR:5 = 830 Mio. EUR p.a.) liegt um 30 Prozent über dem Durchschnittswert der letzten drei Jahre Kohl-Regierung (1999-2003: 1,905 Mrd. EUR = 635 Mio. EUR p.a.). Dabei steigerte sich die Kriegswaffenausfuhr von 2002 nach 2003 sogar auf das Vierfache von 318 Mio. auf 1,332 Mrd. EUR! Bemerkenswert ist daran, dass 290 Mio. EUR durch den Verkauf von ausgemustertem Bundeswehrmaterial beigesteuert wurden. Verteidigungsminister Struck forciert den Bw-Waffen-Export, fließt der Erlös doch direkt in den Bundeswehretat. Der Exportwert des Bw-Materials im Jahr 2003 ist damit fast doppelt so hoch wie die entsprechende Summe der vier Vorjahre. Angesichts dieser eindeutigen Zahlen ist der an sich gute Regierungsgrundsatz einer „restriktiven Rüstungsexportpolitik“ zum Mythos verkommen.

Sowohl die israelischen Kampfpanzer „Merkava 3“ als auch die ägyptischen und saudischen „Abrams“-Kampfpanzer verschießen ihre Munition aus der 120mm-Glattrohrkanone von Rheinmetall. Die Exportbestimmungen sind offensichtlich löcheriger wie ein Schweizer Käse

Laxe Genehmigungspraxis

Nicht nur die Werte der realen Ausfuhr von Kriegswaffen nach der Kriegswaffenliste Teil B (siehe Anlage 2b des Rüstungsexportsberichts) belegen den Anstieg der Waffenausfuhren unter Schröder. Es gibt einen weiteren Beleg. Die tatsächlichen Waffenausfuhren bilden lediglich einen Teilbereich des Exports aller Rüstungs“güter“. Sämtliche Rüstungs“güter“ sind in der Ausfuhrliste Teil 1 A (Anlage 2a des Rüstungsexportsberichts) zusammengefasst. Allerdings

sind definitive Aussagen über den tatsächlichen Export aller Rüstungs“güter“ aus den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung nach wie vor nicht zu entnehmen. Er erfasst lediglich erteilte Ausfuhrgenehmigungen. Bei den Genehmigungen gibt es zwei Kategorien: Einzelausfuhr- und Sammelausfuhrgenehmigungen. Die Berichte lassen nicht erkennen, ob die Ausfuhrgenehmigungen in dem Jahr auch tatsächlich umgesetzt wurden und welcher Anteil von den Genehmigungen überhaupt umgesetzt wird. Der Vergleich der erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen unter Kohl mit denen unter Schröder bestätigt allerdings wieder die oben beschriebene Rüstungsexportexpansion unter Schröder. In den letzten drei Jahren Kohl-Regierung (1996-1998) wurden Einzelausfuhrgenehmigungen über insgesamt 7,12 Mrd. EUR erteilt, somit jahresdurchschnittlich für 2,37 Mrd. EUR. In den ersten fünf Jahren Schröder-Regierung (1999-2003) summierten sich diese auf 17,68 Mrd. EUR, somit jahresdurchschnittlich auf 3,54 Mrd. EUR. Das ist ein Anstieg von 49 Prozent! Unter die Kategorie der Sammelausfuhrgenehmigungen fallen ausschließlich Rüstungskomponenten, also keine kompletten Waffen und Ausrüstungen. Sie sind mehrjährige (meist zwei Jahre gültige), verlängerungsfähige Pauschalgenehmigungen für deutsche Komponentelieferungen an NATO-Mitgliedstaaten im Rahmen von staatlicher oder privater rüstungsindustrieller Zusammenarbeit (z.B. Eurofighter, Kampfhubschrauber Tiger etc.). Diese und weitere Großprojekte, die in den letzten Jahren der Kohl-Regierung anliefen, führten 1996 bis 1998 zu einer Genehmigungssumme von 17,64 Mrd. EUR (im Jahresdurchschnitt 5,88 Mrd. EUR). Während der fünf Jahre Schröder-Regierung sank die Summe auf etwa ein Drittel auf jahresdurchschnittlich 1,99 Mrd. EUR.

„Dual-use-Güter“

Eine lesenswerte Studie des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (www.BITS.de) „Made in Germany“ inside) vom Februar 2005 ermittelt, dass die Komponentenexporte und Dual-use-Güter, also jene, die sowohl zivil also auch militärisch verwendbar sind, mindest die Hälfte, wenn nicht sogar 75 Prozent des deutschen Rüstungsexportwerts ausmachen. Dessen Export sei wesentlich einfacher und im Verbleib wesentlich schlechter zu kontrollieren. So gelangten deutsche Komponenten in den völkerrechtswidrigen Kriegseinsatz. Z.B.



bewegten sich britische Panzerhaubitzen „AS 90“ im irakischen Wüstensand auf Ketten der Firma Diehl (Remscheid) und kämen mit Getrieben der Zahnradfabrik Friedrichshafen gut voran. Oder deutsche Rüstungskomponenten landeten im Embargoland. Beispiel: Dieselmotoren der Firma Deutz fänden sich in gepanzerten Transportfahrzeugen und mobiler Artillerie der chinesischen Armee. Oder deutsche Rüstungskomponenten würden in Krisenregionen eingesetzt. Beispiel: Sowohl die israelischen Kampfpanzer „Merkava 3“ als auch die ägyptischen und saudischen „Abrams“-Kampfpanzer verschossen ihre Munition aus der 120mm-Glatrohrkanone von Rheinmetall. Die Exportbestimmungen sind offensichtlich löcheriger wie ein Schweizer Käse.

Kleinwaffen

Nach Schätzungen des Roten Kreuzes werden 95 Prozent aller Kriegsoffer weltweit mit Kleinwaffen getötet (Jürgen Grässlin, Zivilcourage 1/05). Besonders dramatisch ist die deutsche Kleinwaffenexportentwicklung unter Rot-Grün. Sie verdoppelte den Wert der Genehmigungen für Kleinwaffenexporte in Drittländer (d.h. in Länder außerhalb von EU und NATO) von 2002 nach 2003 auf 8,6 Mio. EUR, dem höchsten Wert zumindest seit 1996! Zu den Empfängerländern zählen Ägypten, Jordanien, Kuwait, Mexiko, Saudi-Arabien, Thailand und Malaysia – alles Länder, in denen die Menschenrechte verletzt werden oder wo im Inneren bewaffnete Konflikte unter Beteiligung von Regierungssoldaten virulent sind. Der Gesamtwert aller Einzelausfuhrgenehmigungen für Kleinwaffen betrug in den Jahren 1996 bis 1998 unter

Kohl noch 44,65 Mio. EUR, die entsprechende Summe unter Schröder für 1999 bis 2003 war 183,2 Mio. EUR, was einer jahresdurchschnittlichen Steigerung um 146 Prozent entspricht. Fast unglaublich, dass diese Steigerungsrate noch überbietbar ist. Aber sie ist es! Ein Vergleich der Genehmigungswerte für die Ausfuhr von Kleinwaffenmunition in Drittländer zeigt es. Die Regierung-Schröder genehmigte in den Jahren 1999 bis 2003 Ausfuhren für Kleinwaffenmunition außerhalb von EU und NATO im Wert von insgesamt 5,48 Mio. EUR. Dies stellt gegenüber den letzten drei Jahren der Kohl-Regierung von 1996 bis 1998 (insgesamt für 1,46 Mio. EUR) eine Steigerung des jährlichen Durchschnittswerts von exorbitanten 183 Prozent dar. Mit „restriktiver Rüstungsexportpolitik“ hat dies nun wahrlich nichts zu tun.

Weitere Aufträge für Bundeswehr und Rüstungsindustrie

Nach 2003 hat sich der deutsche Rüstungsexportboom fortgesetzt. Zwar gibt es noch keinen offiziellen Rüstungsexportbericht 2004, aber allein die aufgelegten Exportgroßprojekte lassen wieder hohe Beträge für 2004 und 2005 (und später) erwarten. U-Boot-Bauten für Griechenland, Italien und Südafrika schlagen in diesen beiden Jahren ebenso stark zu Buche wie weitere vier Korvetten für Malaysia und eine Fregatte für Südafrika. Im Februar 2005 wurde das erste von sechs Minenjagdbooten an die türkische Marine übergeben, weitere fünf werden mit Materialpaketen aus Bremen in Istanbul gefertigt. Nicht nur U-Boote und Überwasserkampfschiffe sind deutsche Exportschlager, sondern auch die

Panzerhaubitze 2000 von Krauss-Maffei-Wegmann scheint sich dahin zu entwickeln. Das Marktpotenzial wird noch in diesem Jahrzehnt auf 350 Exemplare veranschlagt, was einem Exportwert von 3 bis 3,5 Mrd. EUR entsprechen dürfte. Des Kanzlers Reise in den Nahen Osten Anfang März 2005 brachte deutschen Rüstungsfirmen lukrative Vertragsabschlüsse: Rheinmetall verkauft 32 FUCHS-Spürpanzer im Wert von 160 Mio. EUR an die Emirate, die Münchner Firma Rohde & Schwarz modernisiert die Armee-Kommunikation der Emirate für 110 Mio. EUR und die Lürssen-Werft baut für 80 Mio. EUR zehn Patrouillenboote für den Jemen. Wenn man den Pressemeldungen aus dem Vorfeld der Kanzlerreise in das Spannungsgebiet Glauben schenken darf, dürfte dies nur die erste Rate sein. Die Emirate wollten „Hunderte Exemplare des Kampfpanzers Leopard II A4, des Schützenpanzers Marder und der Panzerhaubitzen 2000 von der Bundeswehr übernehmen“ (Die Welt 15.2.05); die Kieler Thyssen-Krupp-Werft HDW bestätigte Verhandlungen mit den Emiraten über U-Boote (!). Meldungen machten deutlich, dass der Bundessicherheitsrat angesichts der Grundsatzentscheidung einer strategischen Partnerschaft mit den Emiraten einem solchen Deal zustimmen würde. Diese Entwicklung ist beunruhigend. Der Bundessicherheitsrat gehört abgeschafft, um die Geheimniskrämerei und Mausechlei deutscher Waffenexporte zu beenden. Die Debatten gehören in den Bundestag. Die Friedensbewegung wird ihren Kampf um den Stopp der Rüstungsexporte verstärken müssen.

Auf in den Sudan!

Der Einsatz von Bundeswehrsoldaten in diesem afrikanischen Land dient den Profitinteressen deutscher Großkonzerne

von Jürgen Wagner und Tobias Pflüger

Am heutigen Freitag wird der Bundestag die Entsendung von bis zu 75 Soldaten in den Südsudan beschließen, von denen die ersten 50 bereits Ende April ausrücken sollen. Sie sind Teil der UN-Mission im Sudan (UNMIS). Diese basiert auf der UN-Sicherheitsratsresolution 1590 vom 24. März 2005 und hat ein sogenanntes robustes Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta und damit die Lizenz zur Anwendung militärischer Gewalt. Mit dieser Entsendung soll die Einhaltung des am 9. Januar unterzeichneten »Friedensabkommens« zwischen der sudanesischen Regierung in Khartum, die den Norden repräsentiert, und der südsudanesischen Volksbefreiungsbewegung (SPLM) überwacht werden.

Der Konflikt wird geschürt

Zwar schloss Verteidigungsminister Peter Struck eine deutsche Beteiligung an einer Erweiterung des UNO-Einsatzes auf Darfur nicht aus, dies dürfte wohl aber nur dann eintreten, wenn sich dieser Konflikt negativ auf die Profitinteressen deutscher Konzerne auswirken sollte. Denn diese stellen den eigentlichen Grund für die Stationierung der Bundeswehrsoldaten dar. Das »Friedensabkommen«, zu dessen Unterzeichnung Khartum nur unter massiven westlichen Drohungen, insbesondere von deutscher Seite, gezwungen werden konnte, wird fälschlicherweise als Meilenstein für die Beendigung des nun bereits 21 Jahre andauernden Bürgerkriegs gefeiert. Leider ist aber das genaue Gegenteil der Fall. Einerseits wird festgelegt, dass die künftigen Einnahmen aus den beträchtlichen Ölvorräten des Landes (geschätzte drei Milliarden Barrel) hälftig geteilt werden. Andererseits wird der SPLM faktisch die Regierungsgewalt im Süden übertragen. Sie kann auch Truppen in beliebigem Umfang unterhalten. Im Abkommen wird für das Jahr 2011 ein Referendum vorgesehen, in dem die Bevölkerung des Südens über die Abspaltung vom Norden entscheiden wird. Mit an Sicherheit gren-

zender Wahrscheinlichkeit dürfte sich 2011 die überwiegende Mehrheit für eine Teilung aussprechen. Das sudanesische Öl befindet sich überwiegend im Süden, kann aber derzeit ausschließlich über den Norden auf den Weltmarkt transportiert werden. Würde sich der Süden gegenwärtig zu einer Sezession entschließen, stünde er ohne eine Vermarktungsmöglichkeit seiner Ressourcen da. Aus diesem Grund erteilte die SPLM der deutschen

Das »Friedensabkommen«, zu dessen Unterzeichnung Khartum nur unter massiven westlichen Drohungen gezwungen werden konnte, wird fälschlicherweise als Meilenstein für die Beendigung des 21 Jahre andauernden Bürgerkriegs gefeiert

Firma Thormählen Schweißtechnik den Auftrag zum Bau einer Eisenbahnstrecke nebst Ölpipeline, die den Süden mit dem Indischen Ozean verbinden soll. »Die SPLM als zukünftige Regierung des Südsudan erteilt der Thormählen Gruppe einen Auftrag zum Bau einer 4.100km langen Eisenbahnstrecke, die den Südsudan mit Kenia und Uganda verbindet«, heißt es auf der Homepage der Firma. Aufschlussreich ist der Zeitplan, den Thormählen in einer Presseerklärung bekannt gab: »Es ist geplant, dass zumindest diese Teilstrecke von ca. 1 000 Kilometern bis zum Referendum, das in sechs Jahren im Sudan stattfinden soll, in Betrieb gehen kann.« Damit wäre der Abtransport des Öls zum Indischen Ozean genau zu dem Termin sichergestellt, an dem davon ausgegangen wird, daß sich der Südsudan vom Norden abspalten wird. Falls sich die Entwicklung in Richtung Teilung aber konkretisieren sollte, ist mit einem erneuten Ausbrechen des Bürgerkriegs zu rechnen. Von einer deutschen Firma wird also offen aktive Sezessionshilfe betrieben. Das Vor-

gehen Thormählens sowie weiterer Großunternehmen – Siemens, Thyssen-Krupp und Strabag sind inzwischen mit eingestiegen – erfreut sich umfangreicher staatlicher Schützenhilfe. Denn der Deal im Gesamtwert von beachtlichen acht Milliarden Dollar wurde mit tatkräftiger Unterstützung von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingefädelt. Finanziert werden soll das Projekt aus den Erdölerlösen des Südens, womit sichergestellt ist, dass das Geld aus dem Verkauf der natürlichen Ressourcen direkt in die Taschen deutscher Großkonzerne wandert. Deutsche Soldaten haben dabei sicherzustellen, dass die Umsetzung des Infrastrukturprojektes nicht behindert wird. Strucks Hinweis, man richte sich auf eine Mandatszeit von »bis zu sechs Jahren« ein, spricht Bände und passt genau in den Zeitplan für die geplante Abspaltung des Südens.

Fischers klare Ansage

Vor diesem Hintergrund liest sich der Antrag der Bundesregierung an das Parlament wie eine Drohung: »Ohne internationale Unterstützung besteht die Gefahr, dass die Regelungen des am 9. Januar 2005 geschlossenen Friedensvertrages zwischen Nord und Süd nicht eingehalten werden und es zu einem erneuten Ausbruch von Kampfhandlungen kommt.« Der Spiegel beschrieb die deutschen Handelsinteressen im Kontext des Sudan-Konflikts so: »Solche Geschäfte brauchen stabile politische Rahmenbedingungen. Joschka Fischers klare Ansage, man könne Darfur »nicht sich selbst überlassen«, ist deshalb keine Phrase, sondern ein Programm. Ausufernde Unruhen und eine Regierung, die ihren eigenen Staat nicht im Griff hat, sind Gift für profitablen Handel.«

Gegenüber den acht Milliarden Dollar, die die Großkonzerne einfahren werden, sind die Kosten für den Bundeswehreininsatz in Höhe von 1,3 Millionen Euro gering.



Eskalation in Afghanistan KSK-Rambos auf dem Vormarsch

von Claudia Haydt und Tobias Pflüger

Klammheimlich wurden am Pfingstwochenden Voraustruppen des Kommando Spezialkräfte (KSK) aus Calw nach Afghanistan geschickt. Die Hauptkräfte werden in Kürze folgen, das berichtete Spiegel-Online am 21. Mai 2005. Ein kleinerer Teil des KSK soll die ISAF-Truppen im Norden unterstützen während ein größeres Kontingent die US-amerikanischen Truppen beim Kampf gegen Aufständische im Grenzgebiet zu Pakistan verstärken soll. Besonders in dieser Region hat sich die Lage in den letzten Wochen dramatisch zugespitzt. In der Zwischenzeit gibt es erste Fotos (Die Welt, 25.5.2005) aus Afghanistan, die belegen, dass die deutschen Elite-Soldaten vor Ort sind. Die Fotos wurden im US-Luftwaffenstützpunkt Bagram und in Khost, in der Grenzregion zu Pakistan, aufgenommen. Der Einsatz der KSK-Soldaten soll mindestens bis zur afghanischen Parlamentswahl im September - höchstens aber 6 Monate dauern. Offizielle Informationen zu Art, Ziel und Umfang des Einsatzes gibt es wie immer bei KSK-Einsätzen nicht.

Das KSK als Regierungstruppe

Formal stützt sich die Bundesregierung auf den am 16.11.2001 nach den Anschlägen vom 11. September gefassten Bundestagsbeschluss, deutsche Soldaten im „Krieg gegen Terror“ einzusetzen. Im Rahmen von Enduring Freedom ist auch der Einsatz von bis zu 100 Spezialkräften möglich. Die Bundesregierung nutzt diesen Beschluss seither als Vorratsbeschluss, um je nach politischer Opportunität für wechselnde Ziele und ohne jede öffentliche Diskussion ihre Elitetruppe zu entsenden. Das Parlament wird dabei nicht informiert, weder vor und während noch nach den Einsätzen. Nach § 6 des Parlamentsbeteiligungsgesetzes (ParlBetG) hat die Regierung zwar eine Unterrichtungspflicht gegenüber dem Parlament: „(1) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag regelmäßig über den Verlauf der Einsätze und über die Entwicklung im Einsatzgebiet.“ Doch wie schon bei früheren Einsätzen von Spezialkräften igno-

riert die Bundesregierung diese Vorgaben. Selbst die Obleute der Fraktionen „kennen den genauen Auftrag und den militärischen Befehl nicht“ (Spiegel - Online, 21.05.2005) Faktisch ist damit das KSK eine Truppe der Exekutive und auf keinen Fall mehr eine Parlamentsarmee.

Schlechtes Timing

Der von deutschen Elitesoldaten unterstützte „Vormarsch der Freiheit“ (Georg W. Bush, 22.05.05) findet zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt statt. Die Öffentlichkeit in Afghanistan ist aufgebracht über Berichte von Koranschändungen in Guantanamo. Proteste haben bereits zu massiven Unruhen und Opfern in der Zivilbevölkerung geführt. Diese Art von „Freiheit“ und „Rechtsstaatlichkeit“ ist für die afghanische Bevölkerung erlebbar in Form von willkürlichen Verhaftungen, Misshandlungen, Folter



und Tötungen von Gefangenen in US-Gefängnissen in Afghanistan. Hier stellt sich in der Tat auch die Frage nach der Glaubwürdigkeit des „Antiterror-“ und „Antidrogeneinsatzes“ der KSK-Soldaten. Mehr als nur schlechtes Timing ist der KSK-Einsatz, wenn man berücksichtigt, dass der Hamburger Innenminister Udo Nagel seit Mitte dieser Woche Zivilisten nach Afghanistan abschieben lässt. Nagel weist dabei zu Recht darauf hin, dass kein Hamburger Alleingang ist sondern lediglich die Umsetzung der Beschluslage der Innenministerkonferenz. Es ist also ganz offizielle Bundespolitik, Flüchtlinge ohne Skrupel in eine Situation abzuschicken, die militärisch so gefährlich ist, dass die Regierung ihre Elitetruppe einsetzt. Doch auch ökonomisch ist Afghanistan nicht in der Lage die Flüchtlinge aufzunehmen. Selbst Basisinfrastruktur wie Wasser- und Abwasserversorgung ist in Kabul noch längst nicht wieder flächendeckend hergestellt.

Deutsches Kommando?

Die deutschen Soldaten werden laut Spiegel-Online in ihrem Einsatzgebiet die „Coordinating Authority“ besitzen und somit die Ziele weitgehend selbst bestimmen. Diese Feststellung ist irreführend, denn das Oberkommando für Enduring Freedom liegt nach wie vor beim US-amerikanischen Central Command. Die KSK-Soldaten die nun im Süden auf die Jagd nach angeblichen Terroristen gehen, müssen sich im Zweifelsfall immer nach den Befehlen des CentCom richten. In begrenztem Umfang können die KSK-Soldaten aber nun offensichtlich über direkte Kampfhandlungen „direct action“ selbst entscheiden. „Das war schon immer unser Wunsch“ zitiert die Agentur ddp (26.5.2005) KSK-Vertreter aus Calw. Noch größere „Entfaltungsmöglichkeiten“ könnten deutsche Soldaten in Zukunft bei einem eigenen deutschen Besatzungssektor im Norden erhalten - wenn dieser nicht als Teil von Enduring Freedom geführt wird. Das grundsätzliche Dilemma des Umgangs mit Gefangenen bleibt aber in jedem Fall bestehen. Auch ohne Folterskandale gibt es das Problem, dass Gefangenen in den USA die Todesstrafe droht da sie nicht als Kriegsgefangene behandelt werden und dass eine Auslieferung in den möglichen Tod gegen deutsches Recht verstößt. Die „deutschen“ Gefangenen sollen deswegen nun an afghanische Sicherheitskräfte übergeben werden. Diese „Lösung“ stellt allerdings ebenfalls ein Problem dar, denn von rechtsstaatlichen Grundsätzen ist das

afghanische Justizsystem noch weit entfernt und die Todesstrafe gibt es auch dort. Das Foltern und Morden an afghanische Behörden zu delegieren ist jedoch viel „eleganter“ und sorgt für wesentlich weniger schlechte Presse.

Absehbares Eskalationsszenario

Es weist vieles darauf hin, dass die Entsendung des KSK ein zentraler Baustein im Aufbau eines effektiven Besatzungsregimes ist, das sich auf das gesamte afghanische Territorium erstreckt. Der zukünftige deutsche Sektor wird sich wahrscheinlich über den gesamten Norden Afghanistans erstrecken. „Die Aufteilung des Landes in Zonen mit unterschiedlicher nationaler Zuständigkeit ist verbunden mit einer Intensivierung des Kampfes gegen den Drogenanbau.“ (Berliner Zeitung, 23.05.2005)

Ziel ist möglicherweise weniger der „Kampf gegen Drogen“ als vielmehr die Zerstörung der Drogenökonomie, aus der sich der Widerstand in Afghanistan finanziert. Da der Mohnanbau auch für Teile der Bevölkerung eine wichtige Einnahmequelle ist, kann sowohl von starkem Widerstand der Gruppen ausgegangen werden, die am Drogenanbau verdienen als auch von verstärktem Rückhalt dafür in der Bevölkerung. Die Befürchtungen des Verteidigungsministeriums, dass „die deutschen Soldaten dadurch vermehrt zum Ziel von Anschlägen werden können“ (Berliner Zeitung, 23. Mai 2005) sind wohl berechtigt. Die Unterscheidung zwischen den ISAF „Friedenstruppen“ und den Soldaten, die im Rahmen von Enduring Freedom Krieg führen, wird vor Ort wohl kaum vorgenommen werden. Der Einsatz einiger KSK-Soldaten zum „Schutz“ von ISAF-Truppen in Faisabad wird zur weiteren Verwischung der Grenzen zwischen den verschiedenen Einsätzen sorgen. Dass mit einer Eskalation der Lage gerechnet wird, zeigen die Pläne die Anzahl der britischen Truppen von 500 auf 5500 zu erhöhen (Scotland on Sunday, 22.5.2005). Der britische Einsatzschwerpunkt wird vor allem im Süden liegen. Die Einsätze der Koalition gegen den Terror in allen Teilen Afghanistans stehen unter dem Vorzeichen zunehmender Kampfhandlungen. Der Ausbruch eines offenen Krieges wird dann wohl mehr als 100 deutsche KSK Soldaten „nötig“ machen.

Die deutsche Regierung lässt sich ganz bewusst auf ein wahrscheinliches Eskalationsszenario ein. Eine Information oder gar eine Beteiligung von Parlament und Öffentlichkeit ist nicht vorgesehen.

Militärrituale

Analyse und Kritik eines Herrschaftsinstruments

von Andrea Anton

Markus Euskirchen, freier Journalist, online-Redakteur und Filmemacher beschäftigte sich schon lange mit dem Militär in der Gesellschaft und promovierte zum selben Thema an der FU Berlin. Sein nun erschienenes Buch „Militärrituale“ sollte zu einem Standardwerk der Militärkritik werden. In ihm geht Markus Euskirchen grundlegend der Frage nach, welche Funktionen Militärrituale unter spezifischen, historischen Bedingungen haben, weil offensichtliche Konjunkturen in Erscheinungsintensität und -form feststellbar sind. Dabei bezieht er sich hauptsächlich auf deutsche Militärtechniken gerade wegen der besonderen Entwicklung der deutschen Armee und ihrer Geschichte. Durch umfangreiche Recherchen ist es Markus Euskirchen gelungen, grundlegende Kritik üben zu können und dabei auch auf Details einzugehen. Deren Notwendigkeit ergibt sich für ihn aus der aktuellen Remilitarisierung der Gesellschaft. Mit der vollständigen staatlichen Souveränität in den 90er Jahren entstand auch in Deutschland wieder die Bereit-

schaft, mit militärischen Mitteln die nationalen Interessen durchzusetzen. Unter dem Stichwort „internationale Verantwortung“ werden Entscheidungszwänge produziert, die die Militarisation der Gesellschaft vorantreiben, wie Markus Euskirchen treffend beschreibt.

Gleich in den ersten Absätzen wird sowohl die Wirkung der Rituale nach außen wie auch nach innen angesprochen, sowie die Verankerung von Militär in der Gesellschaft. Begonnen mit der Beschreibung von Ritualtheorien und Militärritualen, setzt ein geschichtlicher Rückblick ein. Die Bezeichnung öffentlicher Militärauftritte als Staats- oder Militärzeremonie verweist auf die Tradition der Ceremoniell-Wissenschaft, die Markus Euskirchen als verschleiern beschreibt, wodurch dem Ritual also immer schon etwas metaphysisch-irracionales anhaftet. Das Ritual vermag einen inneren Zusammenhang (die Nation) herzustellen, mittels emotional ergreifender, quasi-religiöser Veranstaltungen. Die Wirkung nach außen ist stark an die Funktion des Militärs geknüpft, die Herrschaftssicherung. Wo es staatliche Herrschaft gibt, gibt es Militärrituale, welche die Macht dieser Herrschaft demonstrieren und zelebrieren. Im zweiten Kapitel, Militär, Staat und Nation, wird das Militär in einen Zusammenhang zum herrschenden Kapitalismus gestellt, der historische Entstehungszusammenhang erläutert und der funktional-systematische Komplex rekonstruiert.

Die verschiedenen Gewalteebenen von Macht durch Militär sind Gegenstand des nächsten Kapitels, dort wird der Begriff der kulturellen Gewalt eingeführt, auf den sich Markus Euskirchen im Verlauf noch oft bezieht. Durch Überregulierung des kasernierten Alltags, Überlastung und Drill wird nicht nur eine Disziplin erzeugt, welche die Soldaten selbst in Todesnähe „funktionsbereit“ hält sondern auch eine Komplizenschaft hergestellt, welche die Truppe zu immer größeren Leistungen animiert. Diesen Disziplinierungstechniken müssen sich auch die Frauen in der Bundeswehr unterwerfen. Die struktu-



relle Gewalt innerhalb des Militärs reproduziert durch die Ausübungstechniken Geschlechterkonstruktionen und leistet ihnen Vorschub, denn die Kollektivprozesse sind auf Männlichkeit ausgerichtet und können keine Gleichheit erzeugen, stellt Markus Euskirchen ausführlich und plausibel dar.

Im vierten Kapitel werden am Beispiel der Bundeswehr verschiedene Typen von Ritualen und ihre Funktionen beschrieben. Vom Wachbataillon zu Initiationsritualen, von Imponier Ritualen über Ehren- und Trauer Rituale, Erinnerungs- und Gedenkritualen und dem großen Zapfenstreich sind ausführliche Informationen angegeben. Dabei beleuchtet Markus Euskirchen kritisch die Rolle der Kirche innerhalb der Bundeswehr auf Grundlage eines Interviews mit dem Militärseelsorger Bittner. Die rituelle Überhöhung bringt zum Ausdruck, dass es sich sehr wohl lohnt, für die (militärische) Gemeinschaft zu sterben, weil nur in ihr der Einzelne über seinen Tod aufgehoben bleibt. Der Rekrut meint, sein Interesse wäre im Allgemeinwohl gut aufgehoben. Im Wehrdienst wird der individuelle Körper zum Truppenkörper, die Grundausbildung wird mit dem Gelöbniß abgeschlossen, bei dem sich Techniken und Praxen der soldatischen Unterwerfung verdichten und der Zugriff auf den zivilen Körper durchgeführt wird.

Euskirchen gelingt es, Militär und dessen direkte Gewalt in den Kontext des Kapitalismus, eines Systems struktureller Gewalt (Verwertungszwang), zu stellen. Ohne die Thematisierung von Kapitalismus und dem Verwertungszwang drohe die Kritik zu einer Modernisierung von Herrschaft angewendet zu werden. Nur die radikale Kritik thematisiert das erstrebenswerte Allgemeinwohl als das Interesse der Nation, die Untertanen für die kapitalistische Ökonomie verwertbar und (im Kriegsfall für das Militär) verfügbar zu machen.

Im abschließenden Kapitel „Zur Kritik an Militär Ritualen“ kritisiert Markus Euskirchen die Delegation von Gewaltfunktionen an Institutionen staatlicher Gewaltmonopole seitens der Bürger und bietet verschiedene Alternativen als zivilgesellschaftliche Aktionen an: das Einbringen von Gesetzesvorschlägen, die Geld für zivile Friedensdienste schaffen sollen, die totale bzw. einfache Kriegsdienstverweigerung als Militärkritik. Er schlägt vor, öffentlichkeitswirksame Aktionen rund um juristische Prozesse durchzuführen, die oft KriegsgegnerInnen angehängt werden. Ein Bruch mit den gemeinschaftstiftenden Traditionen, ob sakral oder metaphysisch, sei notwendig, weil es im Falle der Soldaten und ihres Führers um die fundamentalen Probleme

von Töten und Getötet werden - also Leben und Tod - geht.

Die Befehlsverweigerung, organisierte Verteidigung und Solidarität gegen die verwertungsorientierten Gesellschafts- und Wirtschaftskonzepte mit Streiks, Blockaden, Sabotage und anderen Mitteln des „gewaltfreien Kampfes“ sind für Markus Euskirchen Mittel, Kritik am Militarismus zu üben. Mit Beispielen zeigt er die Erfolge der Praxis auf. Die gezielten und kontrollierten Provokationen von Machtvisualisierungen wie dem Gelöbniß finden von ihm schon in den vorherigen Kapiteln Beachtung und werden hier nochmals als schon erprobtes Konzept vorgestellt. „Mit dem Versuch, der demokratische Herrschaft ihr militärritual konstruiertes Gewand vom Körper zu reißen, ist diese keinesfalls völlig bloßzustellen. Aber immerhin zeigt sie ihr hässliches, repressives Korsett.“ Mit diesem treffenden Satz endet auch das im Frühjahr 2005 erschienene sehr lesenswerte Buch.

„Militärrituale“ von Markus Euskirchen, PapyRossa Verlag, 250 S., EUR 17,50.



Der „neue Irak“

Wahlen, Militäroffensiven, Marionetten und Todesschwadronen – Die Strategie der USA im Irak und die Struktur der Besatzungsherrschaft nach den Wahlen

von Joachim Guilliard

Der Mythos vom Showdown zwischen Terror und Demokratie

Ein „dreifaches Hoch auf die Bush-Doktrin“ schrieb der Pulitzerpreisträger Charles Krauthammer Anfang März im Time Magazine. Der erfolgreichen Wahlen im Irak seien der endgültige Beweis für die Richtigkeit der Entscheidung in den Irak einzumarschieren. Auch viele Kritiker hätten eingesehen, dass es richtig gewesen sei, militärische Macht zur Durchsetzung demokratischer Ideale einzusetzen und dadurch eine Transformation der arabischen Welt in Gang zu setzen – von endloser Tyrannei und Intoleranz zu anständiger Staatsführung und Demokratisierung. Mit den „historisch einmaligen“ Wahlen in Afghanistan und Irak, der freien Wahl einer „moderaten“ palästinensischen Führung und der „Zedern-Revolution“ im Libanon sei die US-Administration mit ihrem „großen Projekt“ einer „pan-arabischen Reformation“ vorangeschritten, einem „gefährlichen, riskanten und, ja, arroganten aber notwendigen Versuch, die Kultur des Mittleren Osten als solche“ zu ändern, um „die Türen zu Demokratie und Moderne zu öffnen.“ Die Wahlen im Irak seien möglich geworden, weil die USA nach „dem Schwert“, das das alte Regime stürzte nun den „Schild bereitstellte, der 8 Millionen Irakern die erste Ausübung von Selbstregierung“ ermöglichte.¹

Die Ausführungen des neokonservativen Kolumnisten der Washington Post Krauthammer sind typisch dafür, wie offizielle US-amerikanische Stellen und ihre Verbündeten die im Januar durchgeführten Wahlen zur Rechtfertigung ihrer Politik ausnützen.² Obwohl diese Wahlen ganz offensichtlich demokratischen Standards nicht genügten, wurden sie auch von den Regierungen Deutschlands und anderer kriegskritischeren europäischen Länder anerkannt.

Selbst eine Reihe namhafter Kritiker der US-Politik, wie z.B. Noam Chomsky, begrüßten – trotz Kritik im Detail – die Wahlen grundsätzlich als Sieg über die Gewalt und als wichtigen Schritt in Richtung Souveränität und Demokratie.³

Ein genauerer Blick auf den Charakter

der Wahlen und den sogenannten „Übergangsprozess“, d.h. auf die abschließenden Schritte in der von den USA konzipierten Reorganisation des irakischen Staates, zeigt, dass der neue Irak wenig mit Demokratie zu tun hat. Sie liefern vielmehr die Fassade für die fortgesetzte Herrschaft der USA und einen schmutzigen Krieg gegen all die, die sich den US-Plänen entgegenstellen. Die dadurch geförderten Kräfte drohen zudem eine Eigendynamik zu entfalten, die rasch zu einer weiteren Eskalation der Gewalt führen kann.

In den westlichen Medien wurden die Wahlen als Showdown zwischen gewalttätigem Widerstand und demokratiewilligen Irakern dargestellt, die von den Besatzungstruppen geschützt wurden. Die rasch postulierte hohe Wahlbeteiligung wurde nicht nur als Maß für die Legitimität der Wahlen, sondern als Bestätigung der Besatzungspolitik, wenn nicht gar als nachträgliche Rechtfertigung des Krieges schlechthin interpretiert.

Dabei konnten die präsentierten Zahlen nicht von unabhängiger Seite bestätigt werden und vielfältigen Berichten zufolge gingen die meisten Wähler nicht zu den Urnen, um Zustimmung für die Politik der Invasoren zu demonstrieren, sondern in der Hoffnung, dadurch ihren Abzug zu beschleunigen.

Entgegen dem weit verbreiteten Bild, setzten die meisten Wahlgegner nicht auf Gewalt. Auch die wichtigsten bewaffneten Gruppierungen hatten sich gegen Anschläge auf Kandidaten oder Wahllokale ausgesprochen. Zwar gab es vielfältige Drohungen und eine Reihe direkter Anschläge terroristischer Gruppen die gewöhnlich dem Kreis des Jordaniers Al Zarkawi zugeordnet werden. Es war aber abzusehen gewesen, dass der Aktionsradius dieser zahlenmäßig kleinen und isolierten Kräfte auf die üblichen Brennpunkte beschränkt bleiben dürfte. Im größten Teil des Landes waren Wahlwillige beim Gang zum Wahllokal kaum stärker bedroht, als sie es im Alltag ohnehin schon seit Beginn der Besatzung sind.⁴

In der Frage einer Teilnahme an den Wahlen standen sich auch nicht Schiiten

und Sunniten gegenüber. Selbstverständlich war der Boykott dort am stärksten, wo auch der Widerstand am stärksten ist, d.h. im mehrheitlich von Sunniten bewohnten mittleren Teil Iraks. Doch hatten landesweit auch viele schiitische Organisationen, wie z.B. die Bewegung Muktada al Sadr zum Boykott aufgerufen.

Die Boykottbewegung richtete sich zudem nicht – wie in den westlichen Medien oft unterstellt – gegen Wahlen an sich. Im Gegenteil, die rasche Durchführung von Wahlen war von Anfang an eine zentrale Forderung aller Besatzungsgegner gewesen – allerdings selbst organisierte, freie und faire Wahlen unter unabhängiger internationaler Aufsicht.

Wahlen um die Besatzung zu ölen

Ein Urnengang zu einem – aus Sicht der USA – so frühen Zeitpunkt war zunächst ein Zugeständnis der Besatzungsmacht an die Besatzungsgegner. Angesichts massiver Proteste gegen die Verweigerung landesweiter Wahlen, an deren Spitze sich das einflussreiche geistliche Oberhaupt der Schiiten, Großayatollah Ali al Sistani setzte, gaben die USA nach. Konfrontiert mit einem rasch wachsenden militärischen Widerstand konnte es sich Washington nicht leisten, auch noch die Anhänger Al Sistanis in die offene Rebellion zu treiben.⁵

Erstmals schien damit die Eröffnung demokratischer Spielräume und erste Schritte zur Rückgewinnung der Souveränität in Aussicht. Die US-Administration konnte aber unbehelligt von Einwänden seitens der UNO oder europäischer Staaten, diese Spielräume eng begrenzen und sich durch die Vorgabe der Spielregeln die volle Kontrolle über den gesamten Prozess sichern.

Wahlen unter Besatzung müssten nach internationalem Recht von einer neutralen „Schutzmacht“, die von allen politischen Kräften akzeptiert wird, überwacht werden. Der Urnengang im Irak hingegen wurde von der Besatzungsbehörde konzipiert und organisiert. Der damalige Statthalter Paul Bremer legte durch entsprechende Dekrete die Art und Weise der Durchführung fest und nahm die Besetzung der Wahlkommission vor. Die UNO spielte bei alledem keine größere Rolle, sie war an der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen nur mit einer kleinen Zahl von Beratern beteiligt.⁶

Hinzu kamen die allgemeinen Bedingungen einer feindlichen militärischen Besatzung, eines Monat für Monat verlängerten Ausnahmezustandes und eines in weiten Teilen des Landes offenen Krie-

ges. Freie und faire Wahlen waren unter all diesen Umständen von vorneherein nicht zu erwarten gewesen.

Das US-amerikanische Carter Center, das schon eine große Zahl von Wahlen in der Welt überwachte, lehnte daher die Mitarbeit im Irak kategorisch ab. Es nannte eine Reihe von Schlüsselkriterien, mit deren Hilfe man die Legitimität von Wahlen beurteilen könne. Keine dieser Kriterien, so ein Sprecher des Zentrums vor den Wahlen, waren erfüllt. Weder gab es beispielsweise eine frei gewählte unabhängige Wahlkommission, noch waren Kandidaten in der Lage, ihren Wahlkampf in direktem Kontakt mit den Wählern zu führen.⁷

Die meisten Kandidaten bleiben geheim und auch die Plattformen der zur Wahl

stehenden Parteien und Listenverbindungen blieben weitgehend unbekannt. Als Orientierung blieb für viele nur die ethnische und konfessionelle Zusammensetzung der Listen, wodurch erneut die von der Besatzungsmacht von Beginn an forcierte politische Aufteilung der Iraker in Schiiten und Sunniten, Kurden, Araber und Turkmenen etc. gefördert wurde.

Die für die meisten Iraker brennendste politische Frage, der Zeitpunkt des Abzugs der Besatzer – den laut Umfragen die überwiegende Mehrheit der Iraker fordert⁸ – stand nicht zur Wahl.

Ein weiterer Erfolg beim Einhegen des Wahlprozesses war die Bildung einer schiitischen Megaliste, die auch die dem konservativen Klerus um Al Sistani nahestehende Kräfte einband. Ihre Spitzen-

plätze nahmen aber die US-Verbündeten SCIRI, der pro-amerikanische Flügel der Dawa-Partei und Chalabis Nationalkongress INC, ein.

Auch die Spitzenpositionen der anderen maßgeblichen Listen wurden von den Parteien besetzt, die mit der Besatzungsmacht verbündet sind und bereits in der Interimsregierung saßen.

Diese Parteien wurden durch die Eigenheiten des Wahlprozess in vielfacher Hinsicht stark bevorteilt und zudem massiv materiell und personell von US-amerikanischen Institutionen unterstützt. Nur ihre Spitzenkandidaten konnten – als Mitglieder der Interimsregierung – landesweit auftreten. Nur diese hatten auch einen direkten Zugang zu den beiden größten Fernsehsender des Landes, die

von der Regierung betrieben bzw. von den USA finanziert werden. Dies in einem „Wahlkampf“ der sich angesichts von Krieg und Ausnahmezustand weitgehend auf Radio- und Fernsehspots beschränken musste.

Unter den Bedingungen von Besatzung und Kriegsrecht hatten die USA und ihren lokalen Hilfstuppen zudem völlig freie Hand. Da die internationalen „Wahlbeobachter“ den Urnengang nur von Jordanien aus „überwachten“ und sich auch nur wenige unabhängige Journalisten im Lande aufhielten, fanden die Wahlen weitgehend unter Ausschluss der internationalen Öffentlichkeit statt. Inwieweit die veröffentlichten Ergebnisse mit dem tatsächlichen Ergebnis übereinstimmen, ist daher nicht abschätzbar.

Anlässe für berechtigten Zweifel gibt es viele. So wurden Wahlbeteiligungen von 50% bis 70% aus Wahllokalen gemeldet, die Beobachtern



zufolge den ganzen Tag nahezu leer blieben.⁹ Zweifelhaft ist die schließlich verkündete 58prozentige Wahlbeteiligung auch dann, wenn die offizielle Zahl von 8,5 Mio. Wählern korrekt wäre, da die Zahl der Wahlberechtigten deutlich höher liegen dürfte, als die zugrunde gelegten 14,6 Millionen. Die wahlberechtigte Bevölkerung im Irak wird vielmehr auf 18 Millionen Menschen und die Zahl der wahlberechtigten Auslandsiraker auf ein bis zwei Millionen geschätzt.¹⁰ Dies würde eine Wahlbeteiligung von 42 bis 47% ergeben. Dies wäre an sich immer noch recht beachtlich, taugt aber nicht für das Bild einer überwältigenden Zustimmung.

Auch was die Stimmverteilung betrifft sind Zweifel angebracht. Viele Beobachter führen die zweiwöchige Verzögerung, bis das Ergebnis verkündet wurde auf massive Auseinandersetzung hinter den Kulissen zurück. Der britische Independent berichtete, dass die schiitische UIA-Liste nach ersten Angaben der Wahlkommission nicht nur 48%, sondern fast 60% erhalten habe. Auch Scott Ritter wurde von Gewährleuten aus dem Irak, die aufgrund ihrer Tätigkeit Einblick in die Vorgänge hatten, versichert, dass die UIA auf 56 % der Stimmen gekommen wäre.

Letztlich entspricht die Sitzverteilung weitgehend der, die aufgrund der Interessen der USA und dem Kräfteverhältnis der verbündeten Parteien vorauszusehen war. Unter Berücksichtigung der 66%-Klausel bei der Wahl der Interimsregierung passt das präsentierte Ergebnis nahezu perfekt. Die UIA hat demnach mit 140 von 275 Sitzen eine knappe absolute Mehrheit in der Versammlung und die kurdischen Parteien mit 75 Sitzen (27%) eine ausreichende Sperrminorität. Auch Allawi blieb mit 14 % durchaus noch im Spiel.

„Ist irgend jemand überrascht, dass die gleichen Leute die mit Amerikanern ankamen ... diejenigen sind, die nun als Sieger aus den Wahlen hervorgehen?“ fragte die irakische Bloggerin Riverbend. „Jaffari, Talabani, Barzani, Hakim, Allawi, Chalabi... Exiliraker, verurteilte Kriminelle und War Lords. Willkommen im neuen Irak.“¹¹

Die Sitzverteilung war für die Bush-Administration zweitrangig. Wesentlich war das in den USA und in den internationalen Medien verbreitete Bild von einer überwältigenden Zahl von Irakern, die trotz der Drohungen des Widerstands in die Wahllokale strömten und dadurch die Wahlen zu legitimieren schienen.

„Eine Wahl, um die Besatzung zu ölen“,

urteilte Salim Lone, einst hochrangiger Mitarbeiter des ermordeten UN-Sondergesandten im Irak, Sergio Vieira de Mello. „Hätten die Wahlen in Zimbabwe stattgefunden, hätte sie der Westen verurteilt“

Der Übergangsprozess – ein „neokoloniales Modell“

Nicht nur die Wahlen, auch die Grundlagen, auf der die neu gewählten Institutionen arbeiten sollen, wurden von der Besatzungsmacht vorgegeben. Mehr als hundert Verordnungen und Erlasse, die der einstige Statthalter Bremer vor der Übergabe der formalen Regierungsgewalt an die erste Interimsregierung erließ, regeln die wesentlichen Bereiche in Staat und Wirtschaft. US-Juristen hatten im wesentlichen auch die provisorische Verfassung entworfen. Hier wurde eine Zweidrittelmehrheit für die Wahl der Übergangsregierung und eine Dreiviertelmehrheit für Änderungen an der Verfassung oder Bremers Erlassen festgelegt. Zudem ist stets auch die einstimmige Zustimmung des dreiköpfigen Präsidentenrates nötig. Damit wurde den kurdischen Verbündeten starke Hebel zur Wahrung der eigenen wie der US-Interessen in die Hand gegeben und sichergestellt, dass das Parlament selbst bei ungünstigem Wahlausgang den von der Besatzungsmacht vorgegeben Weg nicht verlassen kann.¹²

Selbst Juan Cole, ein US-amerikanischer Nahostexperte, der den Wahlen an sich positiv gegenübersteht, sprach in diesem Zusammenhang voll Zorn von einem „neokolonialen Modell“ das den Irakern auferlegt wurde, ohne „die irakische Öffentlichkeit jemals darüber zu befragen.“ In allen Ländern, die er kenne, genüge z.B. eine einfache Mehrheit, um eine Regierung zu bilden. Er wäre nicht überrascht, wenn diese „Supermehrheiten“ nur in einem einzigen Staat gelten würden: im „amerikanischen Irak“.¹³

In den westlichen Medien wurde viel Aufhebens von dem großen Stimmenanteil schiitischer Organisationen gemacht, manche sahen hierin sogar einen Rückschlag für die USA. Sie übersahen dabei den engen Spielraum der Beteiligten aufgrund der von USA gesetzten Spielregeln und der realen Machtverhältnisse und dass es sich um enge Verbündete der USA handelt, die deren prinzipielle Ziele mitzutragen bereit sind.

Generell verheddern sich die meisten in der realitätsfernen, klischeehaften Einteilung der irakischen Gesellschaft in Schiiten, Sunniten und Kurden, eine Sichtweise, die von der Besatzungsmacht von Anfang an gefördert wurde. Selbst

renommierte unabhängige Experten, wie der bereits erwähnte Juan Cole, sind davon nicht frei und reden von einer schiitischen Mehrheit im Parlament. Mit der selben Logik könnte man auch von einer katholischen Mehrheit im bayrischen Landtag reden.

Wahlsieger im Irak wurde ein Bündnis schiitischer Parteien, das nur einen Teil der Schiiten repräsentiert und auch keineswegs homogen ist. Es reicht von den beiden dominierenden radikalislamischen Parteien SCIRI und Dawa, über die Anhänger des konservativen Klerus und unabhängigen Gruppen, bis zum „Nationalkongress“ Achmed Chalabis, dessen einzige Religion Geld und Macht ist. So wenig nun „die Schiiten“ herrschen, sowenig haben zuvor „die Sunniten“ geherrscht. Die Herrschaft Saddam Husseins stützte sich nicht auf eine Konfession, auf allen Führungsebenen von Staat und Wirtschaft waren stets auch Schiiten vertreten gewesen.¹⁴

Selbstverständlich wurden mit den Wahlen die Positionen der radikalen schiitischen Parteien SCIRI und DAWA, sowie des konservativen schiitischen Klerus um Al Sistani gestärkt. Das war zu erwarten gewesen und schafft auch keine grundlegend neue Situation. Auch vorher war der Bush-Administration klar gewesen, dass sie diesen Kräften in einigen, für diese wichtigen Punkten, wie der Rolle des Islams, entgegenkommen müssen, um ihre Unterstützung bzw. Duldung zu behalten. Das dürfte den USA aber kein allzu großes Kopfzerbrechen bereiten. Weder die beiden Parteien, noch der einflussreiche Ayatollah, streben eine direkte Herrschaft des Klerus an und, was für Washington noch wichtiger ist, auch keine auf nationale Entwicklung ausgerichtete, staatlich kontrollierte Wirtschaft wie im Iran.

Die hauptsächlichen Gewinner sind aber die kurdischen Parteien, die ihren Einfluss weit über den zahlenmäßigen Anteil der Bevölkerung, die sie vertreten, ausdehnen konnten. Schon im Vorfeld konnten PUK und KDP ihren Griff auf Kirkuk verstärken. Sie konnten beispielsweise durchsetzen, dass mehr als zweihunderttausend Kurden von außerhalb dort ihre Stimmen abgegeben konnten, nicht nur für die nationale, sondern auch für die lokalen Wahlen. Sie dominieren jetzt trotz geringerem Bevölkerungsanteil die lokalen Gremien der Stadt.¹⁵

Die Kurdenparteien sind bestrebt, die Stadt und ihre Ölquellen an die von ihnen kontrollierten Provinzen anzuschließen. Da der Ölreichtum der Region um Kirkuk

eine solide wirtschaftliche Basis für einen unabhängigen Staat darstellen würde, hat die Stadt für sie eine enorme Bedeutung. Sie begründen ihren Anspruch mit dem angeblich kurdischen Charakter der Stadt. Diese ist aber entgegen ihren Behauptungen nicht mehrheitlich kurdisch und war dies auch vor der Machtübernahme der Baath-Partei nicht gewesen.¹⁶

Die Zugeständnisse an PUK und KDP in Bezug auf Kirkuk, wo es bereits zu gewaltsamen Vertreibungen arabischer und turkmenischer Familien kam, schafften dort eine hochexplosive Situation.

Kampf um Einfluss und Pfründe

Mit der Präsentation der Wahlbeteiligung war die Erfolgsgeschichte der Wahlen bereits zu Ende und die US-Administration mit neuen Schwierigkeiten bei der Umsetzung ihres „Übergangskonzeptes“ konfrontiert. Es vergingen drei zähe Monate, in denen die US-Verbündeten hinter verschlossenen Türen um die Verteilung von Posten, Macht und Einfluss feilschten, bis die neue Regierung präsentiert werden konnte.

Die Kurden beharrten lange auf verbindliche Zusagen über einen baldigen Anschluss Kirkuks an die kurdischen Autonomiegebiete und die „Umsiedlung“ arabischer Familien. Neben dem Posten des irakischen Präsidenten forderten sie das Außen- und auch das Ölministerium für sich. Letzteres ist nicht nur politisch bedeutend, es gilt auch im mittlerweile wieder aufgeblühten Patronagesystem als besonders lukrativ. Die Vertreter der schiitischen UIA-Liste lehnten dies ab und forderten ihrerseits vergeblich die Auflösung der als autonome Streitkräfte agierenden kurdischen Peshmerga-Truppen, bzw. ihre Eingliederung in die neue irakische Armee.¹⁷

Zeitweilig sah es so aus, als würde Washingtons Favorit, Premier Allawi, als Kompromisskandidat im Amt bleiben können. Schließlich zogen die schiitischen und die kurdischen Parteien die umstrittenen Forderungen zurück und einigten sich auf PUK-Chef Jalal Talabani als Staatspräsidenten. Seine Stellvertreter wurden Adel Abdel Mahdi vom SCIRI und der bisherige Präsident Ghazi al Yawer, ein reicher und einflussreicher sunnitischer Stammesführer.

Zum neuen Regierungschef wurde Dawa-Chef Ibrahim Jaafari bestimmt, der aus Sicht Washingtons akzeptabelste Kandidat aus der UIA-Liste. Jaafari gilt als moderater Schiit und enger Verbündeter der USA. Er steht im Gegensatz zu dem SCIRI-Führer auch nicht im Ver-

dacht enger Verbindungen zum Iran. „Er ist unser Junge, nicht der des Iran“ verlautete es aus dem Weißen Haus.¹⁸

Die Auseinandersetzung um die Verteilung der weiteren Posten zog sich über weitere Wochen hin. Einer der wesentlichen Streitpunkte war die Einbeziehung des noch amtierenden Ministerpräsidenten Allawi, wobei es vor allem um die Zusammensetzung und Führung der neuen Sicherheitsapparate ging, die Allawi aufgebaut hat. Allawi verlangte mindestens fünf Ministerien, darunter vor allem das Innenministerium, das er im vergangenen Jahr massiv durch kollaborationswillige Angehörige aus den Sicherheitsdiensten des alten Regimes verstärkt hatte.

Die Kurdenparteien unterstützten Allawi, dessen säkulare Organisation auch ein Gegengewicht zu den radikalislamischen Parteien bilden würde. SCIRI und Dawa haben allerdings kein Interesse daran, dass sich säkulare, ehemals baathistische Kräfte einen eigenen Machtapparat aufbauen. Sie sind im Gegenteil bestrebt, das Verteidigungs- und das Innenressort selbst zu übernehmen und kündigten an, die Ministerien und Sicherheitsdienste von allen zu säubern, die führende Positionen in der Baath-Partei oder im alten Staat inne hatten.

Dies zwang die US-Regierung massiver in die Verhandlungen einzuschreiten. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld flog Anfang April persönlich nach Bagdad und drängte die Vertreter der schiitischen Parteien ihre Opposition gegen ehemaligen Baathisten in den Ministerien aufzugeben und machte klar, dass die irakischen Sicherheitskräfte für die neue Regierung Tabu sind. Die einstigen Mitglieder von Saddam Husseins geheimer Polizei seien die „kompetenteste“ Kräfte, um den Widerstand zur Strecke zu springen.

Die UIA-Vertreter ließen sich zwar verpflichten, die Sicherheitsdienste in Ruhe zu lassen, waren aber trotz des US-Drucks nicht bereit gewesen, Allawis Forderungen nachzugeben. Er trat aus der Koalition aus.

Der Glanz der Wahlen war ziemlich verblasst, als Jaafari am 29. April endlich eine Kabinettsliste präsentieren konnte, bei der die umstrittensten Posten zunächst aber noch unbesetzt blieben.

Das neue Kabinett

Das Ausscheiden Allawis ist die einzige Überraschung bei dieser neuen Regierung. Er wird dennoch der wichtigste Mann Washingtons beim Aufbau irakischer Kapazitäten zur Aufstandsbekämpfung bleiben und aufgrund persönlicher

Loyalitäten die Kontrolle über die neuen „Sicherheitskräfte“ behalten.

Ansonsten unterscheidet sich die neue Regierung wenig von der alten. Der größere Teil ihrer Mitglieder hatte schon ein Amt in der vorigen provisorischen Kabinetten. Die meisten hatten die Jahrzehnte davor im Ausland verbracht und sind erst mit den Besatzungstruppen in den Irak zurückgekehrt.

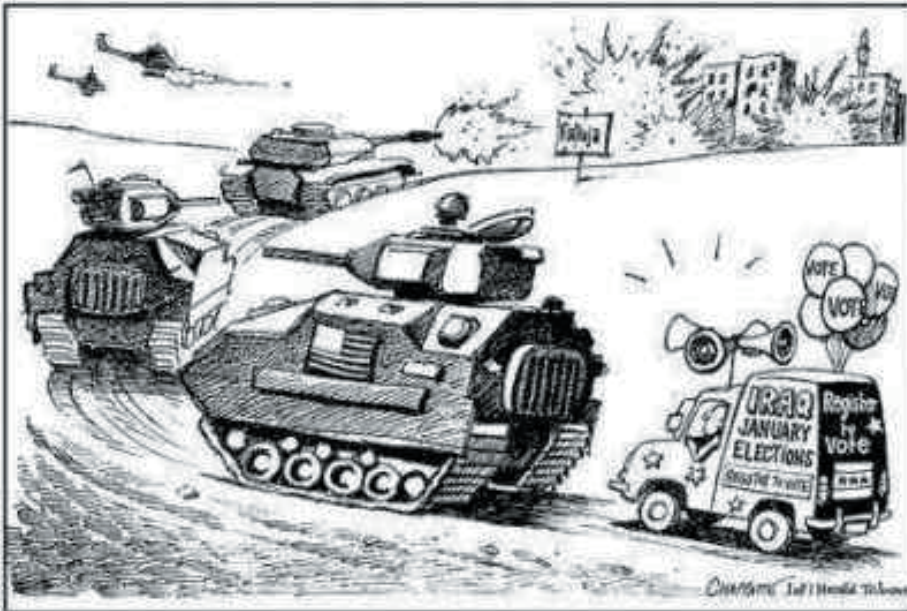
Für Kontinuität war ohnehin gesorgt. In allen Ministerien bleiben die vom ehemaligen Statthalter Bremer eingesetzten US-amerikanischen „Berater“ im Amt und sorgen dafür, dass keines vom rechten Weg abkommt.

Mit dem kurdischen Warlord Jalal Talabani gelangte einer der wendigsten irakischen Politiker an die nominelle Spitze des Staates, mit einer langen Geschichte zwielichtiger Bündnisse mit jedem der ihm gerade nützlich schien. „Er hat so oft die Seiten gewechselt, dass es sehr ermüdend für mich wäre, jede Wendung aufzuzählen“ charakterisierte ihn Dilip Hiro in einem Interview. In den westlichen Medien wird Talabani gern als „entschiedener Saddam-Gegner“ und als großer Demokrat gefeiert. Auch dieses Bild trägt. Er herrscht als Warlord genauso autokratisch über seinen Teil des Autonomiegebietes, wie auf der anderen Seite KDP Chef Mahsud Barzani. Die letzten Bilder, wo sich Talabani und Hussein herzten, stammen vom Juni 1991.¹⁹

Die wichtigste Rolle dürfte für Washington aber Talabanis Stellvertreter Adel Abdel Mahdi (SCIRI) zukommen. Der einstige Maoist, der sich zum freien Marktwirtschaftler im radikalislamischen Gewand wandelte, war bisher provisorischer Finanzminister gewesen. Er hatte die von Paul Bremer verordnete Schocktherapie durchgeführt, die die irakische Wirtschaft völlig deregulierte und dem ausländischen Kapital öffnete. Mahdi gilt als der Mann, der die Fortsetzung Bremers Arbeit garantieren soll.²⁰ Als Vizepräsident kann er im Bedarfsfall jede Änderung an den Verordnungen der Besatzungsbehörde mit seinem Veto blockieren.

Zur Seite wurde ihm als Finanzminister Ali Abdel Amir Allawi gestellt, Chef einer erfolgreichen Londoner Investment Firma und Berater der Welt Bank. Sein Vater war während der Monarchie Gesundheitsminister gewesen. Ali Allawi, der mütterlicherseits ein Neffe Ahmed Chalabis und väterlicherseits ein Cousin von Iyad Allawi ist, hatte den Irak 1956 als Neunjähriger verlassen.

Alarmierend für Iraker ist die Rückkehr



des unverwundlichen Ahmed Chalabi. Dem in Jordanien wegen Millionenbetrug verurteilten Chef des Irakischen Nationalkongresses wurde neben dem Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten zunächst auch kommissarisch das Ölministerium übergeben, bevor es seinem Vertrauten, Ibrahim Bahr al-Uloum, zugeteilt wurde. Obwohl der einstige Pentagonliebhaber aufgrund seiner zwielichtigen Machenschaften und mutmaßlichen Verbindungen zum iranischen Geheimdienst in Ungnade gefallen war, wird dennoch vermutet, dass die US-Administration bei der Besetzung des Ölministeriums die Hand im Spiel hatten – Widerstände gegen Privatisierungsmaßnahmen sind von Chalabis Seite nicht zu erwarten.

Auch die Ernennung von Baqir Jabr zum Innenminister verheißt wenig Gutes. Sein eigentlicher Name ist Bayan Sulag, Baqir Jabr ist sein Kriegenname, den er als führendes Mitglied der Badr Brigaden, dem bewaffneten Arm des SCIRI, erhielt. Einen Einblick in seine früheren Aktivitäten gibt ein Bericht von Radio Free Europe vom Mai 2000 über einen Raketenangriff auf einen der Regierungspaläste in Bagdad. In einem Interview übernahm Jabr im Namen von SCIRI die Verantwortung für den Anschlag, der mehrere Opfer unter den Angestellten gefordert hatte.

Die Badr Brigaden wurden im Iran ausgebildet, die meisten der z.T. sehr jungen Milizionäre sind auch im Iran aufgewachsen und Anhänger der Ideen Ayatollah Khomeinis. Sie führten in den 1990er Jahren eine ganze Reihe von Anschlägen im Irak aus, denen auch eine größere Zahl von Zivilisten zum Opfer fiel. Sie stehen in Verdacht mit Beginn der Besetzung Todesschwadronen aufgebaut und eine große Zahl ehemaliger Baath-Mitglieder

und Funktionäre, sowie sonstige politische Gegner ermordet zu haben.

Der SCIRI und die Badr Brigaden haben sich bisher wie die beiden Kurdenparteien einer Auflösung ihrer Milizen widersetzt. Sie sprechen sich dafür aus, verstärkt ihre Milizen zur Bekämpfung des Widerstands einzusetzen, wodurch der Krieg tatsächlich zunehmend bürgerkriegsähnliche Züge annehmen würde.

PUK und KDP verfügen über je 15.000 Vollzeitkämpfern, in quasi regulären Armeeeinheiten und weiteren 20.000-25.000 Stammesmilizionäre, insgesamt also über 75.000 Mann.²¹ Sie stellen damit nach den US-Truppen die mit Abstand größte Streitmacht im Irak. Die Badr-Brigaden werden auf eine Stärke von bis zu 15.000 Mann geschätzt, die ebenfalls gut ausgebildet sind. Auch Dawa und Chalabi, sowie weitere US-Verbündete unterhalten eigene Milizen.

„Diese Leute bedrohen uns mit einem Warlord-System, das unser ganzes Land zerstören könnte“, so zurecht Wamidh Nadhmi, Sprecher des Irakischen Nationalen Gründungskongress.

Auch die Aufteilung nach ethnisch/konfessionelle Kriterien führt zu heftigen Protesten, auch innerhalb der Nationalversammlung. Hashim Abdul-Rahman al-Shibli, der als „Minister für Menschenrechte“ nominiert worden war, um die Zahl der Sunniten im Kabinett zu erhöhen, weigerte sich auf dieser Basis in die Regierung einzutreten, „die Konzentration auf konfessionelle Identitäten“, führe „zu Spaltungen in Gesellschaft und Staat“.²²

Die USA setzen sich fest

Das Image der neuen Regierung hat auch bei ihren Wählern durch das monatelange Geschacher stark gelitten. Die einzige

Möglichkeit sich unter den Irakern Glaubwürdigkeit zu verschaffen, wäre, ernsthaft einen verbindlichen, engen Zeitplan für den Abzug der US-Amerikaner zu fordern. Da sie ohne deren Schutz sich nicht halten könnte, wird sie dies aus Eigeninteresse nicht tun.

Die tatsächliche Macht im Land üben weiterhin die USA mit 140.000 Soldaten und umfangreichen zivilen und militärischen Einrichtungen in der Green Zone Bagdads aus. Jeder der den Irak bereist, kann sehen, wie sich die Besatzungsmacht auf Dauer im Land festsetzt. Beispielsweise im Camp Victory North, in der Nähe des Flughafens von Bagdad. Hier baut die Halliburton Tochter Kellogg, Brown & Root (KBR) seit über einem Jahr an einer ganzen Stadt, bestehend aus klimatisierten Bungalows, Burger King, Turnhallen, dem größten Supermarkt (PX) des Landes. Die Stadt beherbergt bereits 14.000 Soldaten, fertig gestellt wird das Camp doppelt so groß wie Camp Bondsteel im Kosovo sein, eine der größten US-Basen in Übersee. Insgesamt werden zur Zeit vierzehn permanente Basen ausgebaut, die über 100.000 Soldaten aufnehmen sollen.

Diese permanenten Einheiten sollen längerfristig auch die militärische Basis der von Krauthammer erwähnten „panarabischen Reformation“ sein, jenem „Versuch, die Kultur des Mittleren Osten als solche“ zu ändern, d.h. die arabischen und islamischen Staaten von Nordafrika bis zum kaspischen Meer in pro westliche, neoliberale Marktwirtschaften zu verwandeln.

Noch sind aber alle US-Kräfte im Irak gebunden. Von durchschnittlich mehr als 60 Angriffen täglich berichten die US-Kommandeure vor Ort,²³ Teile des Landes sind seit langem der Kontrolle der US-Armee weitgehend entzogen. Weder mit breitgefächerten Großoffensiven noch mit massiven Angriffen auf mutmaßliche Hochburgen des Widerstands konnte die US-Armee den Widerstand schwächen. Er wurde im Gegenteil ständig zahlenmäßig stärker und militärisch effektiver. Der Aufbau einer US-geführter irakischer Armee bleibt zahlenmäßig weiterhin deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Einsatzbereitschaft der neuen Polizei und Armeeeinheiten ist schwach und die tatsächliche Loyalität ungewiss. Die erste Maßnahme der US-Truppen während ihrer Militäroffensive „Operation River Blitz“ gegen den Widerstand in den Städten am Euphrat z.B. war, so der Christian Science Monitor, die Gefangennahme der Polizeibeamten der Stadt.

Nach wie vor tapfen die Besatzer über ihren Gegner weitgehend im Dunkeln. Nach Schätzungen von General Muhammed Shahwani, dem von Paul Bremer eingesetzten Chef des neuen irakischen Geheimdienstes, stehen ihnen 40.000 „Hardcore-Kämpfer“ gegenüber, unterstützt von 150.000 Irakerinnen und Iraker die als „Teilzeitguerillakämpfer“, Kundschafter und logistisches Personal arbeiten würden. Diese können, so Schahani, auch auf Unterstützung oder Duldung großer Teile der Bevölkerung zählen.²⁴ Man kann davon ausgehen, dass Shahwani weiß, von was er spricht. Er war unter Saddam Hussein bereits Geheimdienstchef in Bagdad gewesen, bevor er das Land verließ und sich Ijad Allawis National Accord anschloss.

„Salvador Option“

Auch die US-Administration hat erkannt, dass die US-Truppen im Irak einem breiten Widerstand aus der Bevölkerung gegenüberstehen, der mit regulären militärischen Mitteln allein nicht zu besiegen ist. Sie setzt daher zunehmend auf einem verdeckten, schmutzigen Krieg.

Bereits im Dezember 2003 enthüllte Seymour Hersh entsprechende Programme der US-Regierung, die Geheimdienstexperten an die „Operation Phönix“ in Vietnam erinnern.

Das Pentagon bezeichnet, gemäß einem Artikel der US-Zeitschrift Newsweek, die diesbezüglichen Pläne lieber als „Salvador Option“ – in Anknüpfung an die erfolgreichere Anwendung des Einsatzes von staatlichem Terror, Folter und Todes-

schwadronen gegen oppositionelle Kräfte in Mittelamerika.²⁵

Wie Hersh herausgefunden hatte, war schon im Herbst 2003 mit der Ausbildung von Spezialeinheiten zur gezielten Liquidierung von Besatzungsgegnern begonnen worden.²⁶ Hinzu kommt der massive Einsatz von privaten Söldnern, darunter viele frühere Geheimdienstoffiziere und ehemalige Angehörige von Sondereinheiten der Armee, die keiner Kontrolle unterliegen.

Für Peter Maass von der New York Times steht nach seinen Recherchen vor Ort fest, dass die Vorlage für den heutigen Irak nicht Vietnam, sondern El Salvador ist, wo ab 1980 eine rechtsgerichtete Diktatur mit US-Unterstützung eine linksgerichtete Befreiungsbewegung bekämpfte. Über 70.000 Menschen wurden in dem 12-jährigen Krieg getötet, die meisten von ihnen Zivilisten.²⁷

Im Irak entsteht aber eher eine Mischung aus beidem, denn Maas übersieht, dass Irak nach wie vor ein militärisch besetztes Land ist, in dem 140.000 US-Soldaten im direkten Einsatz gegen eine Widerstandsbewegung sind, die sich in erster Linie gegen diese Besatzung wendet.

Der verdeckte Krieg soll im wesentlichen von den verbündeten Irakern selbst geführt werden, koordiniert von der Übergangsregierung. Ijad Allawi hat hierfür in seiner Amtszeit u. a. mit Kriegsrecht und dem Aufbau eines neuen „Sicherheitsapparates“ die entscheidende Vorarbeit geleistet. Vieles davon verrät die Handschrift von Botschafter John Negroponte, der als Botschafter in Honduras auch in

Mittelamerika die Fäden zog, und eine Reihe von „Beratern“ mit einschlägigen Erfahrungen aus dieser Zeit in die Ministerien entsandt hat.

„Special Police Commandos“ – neue Avantgarde im Kampf gegen den Widerstand?

Unmittelbar nach seinem Amtsantritt hatte Allawi mit dem Aufbau einer Geheimpolizei begonnen, die als Speerspitze bei der Aufstandsbekämpfung fungieren soll. Als Sicherheitsberater, der den Aufbau des neuen „allgemeinen Sicherheitsdirektorats“ (General Security Directorate, GSD) unterstützen sollte ernannte er den Generalmajor Adnan Thavit al Samarra'i, ein ehemaliger hoher Geheimdienstoffizier Saddams Husseins, der sich an Allawis gescheitertem Putschversuch 1996 beteiligt hatte.

Anscheinend über Nacht traten bald darauf neue paramilitärische Einheiten in Erscheinung, die ebenfalls mit der „Salvador Option“ in Verbindung gebracht werden und stark an die rechten Paramilitärs in Kolumbien erinnern.

Mittlerweise agieren mindestens sechs dieser vom US-Militär „Pop-Ups“ genannt Milizen, verteilt über den gesamten Irak. Die relativ gut bezahlten Kämpfer kommen überwiegend aus den Sicherheitsdiensten und Sondereinheiten der Armee des alten Regimes und haben den Corpsgeist und die Disziplin, die die USA bei den regulären irakischen Militär- und Polizeikräften so sehr vermissen.²⁸

Die stärkste dieser stark bewaffneter Milizen, die „Special Police Commandos“, besteht aus 5.000 bis 10.000 Kämpfern. Sie waren u. a. im letzten Oktober auf den Angriff auf Samarra beteiligt, der als Probelauf für den Sturm auf Falluja galt. Die „Commandos“ agieren z.B. aber auch in Mossul und Ramadi und weiteren Zentren des Widerstand.

Mindestens zwei weitere dieser Milizen, die Muthana Brigade und die „Defenders of Khadamiya“ stehen in direkter Verbindung zu Allawi. Sie erhalten alle mitt-



lerweile massive direkte Unterstützung vom Pentagon. Die Gesamtstärke dieser neuen irregulären Brigaden, die von den US-Kommandeuren als neue Avantgarde im Kampf gegen den Aufstand betrachtet werden, wird auf über 15.000 Mann geschätzt. Da die Loyalitäten der Milizionäre aber ihren jeweiligen Führern und nicht der Besatzungsmacht gelten, hat sich das Pentagon hier neue Warlords herangezogen.²⁹

Anmerkungen

¹ Charles Krauthammer "Three Cheers for the Bush Doctrine —History has begun to speak, and it says that America made the right decision to invade Iraq", Time, 7.3.2005, <http://www.time.com/time/columnist/krauthammer/article/0,9565,1035052,00.html>

² Liberale Kommentatoren stehen ihnen kaum nach. „Bis zu den jüngsten Wahlen im Irak und unter den Palästinensern, war die moderne arabische Welt weitgehend immun gegen die Winde der Demokratie die überall sonst in der Welt geblasen haben“ schrieb z.B. auch Thomas L. Friedman in der New York Times v. 7.4.2005 „Arabs Lift Their Voices“

³ Noam Chomsky, „Promoting Democracy In Middle East“, Khaleej Times, 6.3.2005

⁴ Gareth Porter, The Real Story of the Iraqi Elections, Foreign Policy in Focus (FPF), 8.2.2005 <http://www.fpf.org/commentary/2005/0502real.html>

⁵ siehe J. Guilliard „Im Treibsand Iraks“, IMI-Studie 2004/03, http://www.embargos.de/irak/occupation/hintergrund/im_treibsand_jg_frm.htm

⁶ siehe J. Guilliard, „Wahlen als Waffe im Krieg – Ein Überblick über den Wahlprozess im Irak“, http://www.embargos.de/irak/occupation/hintergrund/wahlen_waffe_jg.htm

⁷ Phyllis Bennis, „Reading the Elections“, Institute for Policy Studies, 2. 2.2005 <http://electroniciraq.net/news/1854.shtml>

⁸ Die *Seattle Times* berichtete am 26.9.2004 über eine Umfrage, wonach 98% der Iraker den Abzug der US-Amerikaner fordern würden. Nach einer Umfrage des *Brookingsinstituts* im Januar vor den Wahlen, sind 69% der schiitischen und 82% der sunnitischen Bevölkerung für einen baldigen Abzug.

⁹ And Life Goes On..., Riverbend, 12.2.2005 http://riverbendblog.blogspot.com/2005_02_01_riverbendblog_archive.html#110815850766514443

¹⁰ „Priorities Of Power - The Real Meaning Of Elections In Iraq“, Media Lens , 8.

2. 2005, <http://www.medialens.org/blog/archives/00000115.htm>

¹¹ Riverbend, „Groceries and Election Results.“, 18.2.2005 http://riverbendblog.blogspot.com/2005_02_01_riverbendblog_archive.html#110872871401791299

¹² „Iraqi compromise fuels angry debate, Iraq's transitional law under attack“, BBC News, 6.4.2005, http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/middle_east/4359559.stm

¹³ Juan Cole, Shiite-Kurdish Deal Collapses, 14.3.2005, <http://www.juancole.com/2005/03/shiite-kurdish-deal-collapses-al-hayat.html>

¹⁴ siehe Muhammad al-Baghdadi, „Lies about the „oppression of the Shi'ah“ and others“, 25.3.2005 http://www.albasrah.net/maqalat/english/0305/oppression-shiah_280305.htm

¹⁵ *There are documents and plenty of evidence showing that fraud took place during the elections in Kirkuk, said a statement which was distributed to protestors and signed by 16 Arab and Turkoman groups.*, „Allawi, Kurds Set to Form Coalition: Report“, Islam Online, 12.2.2005

¹⁶ *According to the accurate 1947 census and the officially approved 1957 census, the majority were Turkoman.* „In our hands“, Ahl Ahram weekly, 17..3.2005, <http://weekly.ahram.org.eg/2005/734/re7.htm>

¹⁷ „Thorny issues loom for Iraqi leaders“, Christian Science Monitor, 8.4.2005

¹⁸ James Cogan, „Who is Iraq's new prime minister Ibrahim al-Jaafari?“, WWSW, 18.4.2005, <http://www.wsws.org/articles/2005/apr2005/jaaf-a18.shtml>

¹⁹ Dilip Hiro, „Iraq's New President Jalal Talabani: Ally of CIA, Iranian Intelligence and Saddam Hussein“, Democracy now! 7.4.2005, <http://www.democracynow.org/article.pl?sid=05/04/07/1343226>

²⁰ Pepe Escobar, „What's behind the new Iraq“ und „The shadow Iraqi government“, Asia Times, 8.4.2005 bzw. 21.4.2005

²¹ Squabble over Iraqi militias, Asia

Times, 23.4. 2005, http://www.atimes.com/atimes/Middle_East/GD23Ak02.html

²² „Seven U.S. servicemembers killed in Iraq“, USA Today, 08.05.2005 http://www.usatoday.com/news/world/iraq/2005-05-08-cabinet-appointee_x.htm

²³ „Iraq Insurgents Can Conduct 60 Strikes Daily –Pentagon“, Reuters, 17.2.2005 <http://www.reuters.com/newsArticle.jhtml?type=topNews&storyID=7666210>

²⁴ so General Muhammed Shahwani, Chefs des neuen irakischen Geheimdienstes, siehe „Iraq battling more than 200,000 insurgents“, afp, 4.1.2005, http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=2&article_id=11487

²⁵ „The Salvador Option – The Pentagon may put Special-Forces-led assassination or kidnapping teams in Iraq“, Newsweek, 8.1.2005, <http://www.msnbc.msn.com/id/6802629/site/newsweek/>

²⁶ siehe J. Guilliard, „Irak: Wirtschaftlicher Ausverkauf und neokoloniale Diktatur, Marxistische Blätter 1/04, <http://marxblatter.placerouge.org/2004/04-1-16.html>, sowie „Im Treibsand Iraks“ a.a.O.

²⁷ Peter Maass, „The Way of the Commandos“, New York Times, 1.5.2005

²⁸ Greg Jaffe , Bands of Brothers New Factor in Iraq: Irregular Brigades Fill Security Void, Wall Street Journal, 23.2.2005, <http://www.informationclearinghouse.info/article8631.htm>

²⁹ Die „Special police commandos“ kümmern sich auch um die psychologische Kriegführung. Sie zeigen u.a. Verdächtige in der täglichen TV show, „Terrorism in the Hands of Justice“, die vor laufender Kamera diverse Untaten gestehen. Vielen sieht man noch die Spuren der Misshandlung an, die wahrscheinlich zu den Geständnissen gebracht haben. Diese sind oft viel zu absurd um glaubhaft zu sein: so gestehen die angeblichen islamistischen Terroristen Schwulenorgien und Drinkgelage und ähnliches in Moscheen.

Ossietsyky

Zweiwochenschrift
für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietsyky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

Sie können »OSSIETZKY« bestellen als

- kostenloses Probeheft
- Jahresabo zu € 52,- (Ausland € 84,-)
- Halbjahresabo zu € 29,-
- Jahresförderabo: € 75,- oder € 104,-

Bestelladresse:

Ossietsyky GmbH
Vordere Schöneporth 21 · 30167 Hannover
Fax 0511/876 548-49
ossietsyky@interdruck.net
www.sopos.org/ossietsyky

Türkische Regierung provoziert nationalistische Gewalt

Zur Situation in der Türkei

von Hamit Sucu

Prügelnde Polizisten und scheinheilige EU

In den letzten Monaten eskalieren verschiedene Konflikte in der Türkei. Als eines der ersten Zeichen für die aufgeheizte Stimmung in der Türkei lassen sich die Ereignisse im Kontext des internationalen Frauenkampftages deuten. Am 6. März versammelten sich Frauen um diesen Tag zu feiern. Sie wurden von der türkischen Polizei verprügelt und verhaftet. Die regierungsnahen Medien, die in der Türkei immense Gewinne machen, zitierten Regierungsmitglieder und schlossen sich derer Einschätzung an, diese Frauen seien „Landesverräter“. Denn sie hatten ihre Versammlung nicht auf den offiziellen Termin, den 8. März gelegt sondern sind zwei Tage vorher für ihre Rechte auf die Strasse gegangen, als zeitgleich EU-Vertreter und die türkische Regierung über einen zukünftigen EU-Beitritt der Türkei verhandelten. Hätten die Frauen an einem anderen Tag demonstriert, wären keine Bilder von türkischen Polizisten, die auf friedlich demonstrierende Frauen einschlugen durch die europäischen Medien gegangen und die Türkei wäre der entsprechenden Kritik

von Seiten der EU nicht ausgesetzt gewesen. Das hätte der türkischen Regierung besser gefallen. Die EU-Vertreter haben es nämlich nicht versäumt dieses Ereignis für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren und haben die Reaktion des türkischen Staates umgehend missbilligt. Eine scheinheilige Stellungnahme, denn offensichtlich scheuen sich die EU-Regierenden selbst nicht, der Türkei die Waffen zu verkaufen, mit denen tausende Kurden und Oppositionelle umgebracht wurden (Auch das Giftgas, mit dem Saddam Hussein 1988 fünftausend Kurden umbrachte, stammte aus Deutschland). Zugleich sind Wirtschafts- und Privatisierungsprogramme der EU dafür verantwortlich, dass die Armut und Schuldenlast in Anatolien stetig zunimmt. Bei der Diskussion um einen Beitritt der Türkei zur EU wird die anatolische Kultur oft als rückständig und die Bewohner der Türkei als minderwertig behandelt. Wer aus der Türkei oder sonst wo vor Unterdrückung in die EU fliehen will, wird dort nicht freundlich aufgenommen, sondern sieht sich mit zunehmend militarisierten Außengrenzen konfrontiert und stellt fest, dass sich die EU einmauert und Flüchtlinge in Abschiebecontainer steckt. Die „Volksherrschaft“

grenzt alle aus, die nicht Bürger der EU sind. Auch diejenigen, die bereits seit Jahren in der EU leben werden ständig verdächtigt, kriminalisiert und diskriminiert. Die Politiker reden von Terrorismus und Ausländerkriminalität um von ihrem Sozialabbau abzulenken oder ihn schlicht als notwendig zu bezeichnen.

Die Doppelmoral hinter der Kritik der EU-Vertreter zeigt sich auch daran, dass auch in der EU, bei Atomtransporten, NATO- und G8-Gipfeln immer wieder mit Gewalt gegen Demonstranten vorgegangen wird. Dies haben auch die türkischen Frauengruppen formuliert, als dessen Fürsprecher sich die EU-Politiker aufspielen wollten.

Gewalt gegen Kurden

Bisher hat die EU den Menschen in Anatolien nichts wertvolles gebracht. Alles was dort existiert, wurde von den Menschen selbst geschaffen, im Gegenteil: Viele Produkte, die von ArbeiterInnen in Anatolien produziert werden, fließen auf die westeuropäischen Märkte.

Seit einigen Jahren versuchen türkische Medien und Politiker ein Bild zu erzeugen, dass in der Türkei alles in Ordnung sei und die Wirtschaft beständig wachse. Doch die Ereignisse der letzten Monate zeigen deutlich, dass nichts in Ordnung ist. Obwohl die Produktivität und das BIP steigen, verschlechtern sich die konkreten Lebensbedingungen zunehmend und immer mehr Menschen sind verschuldet. Dieses Wachstum ist relativ und wird auf Kosten der Bevölkerung erzielt. Die daraus entstehenden Konflikte drohen nun aufzubrechen.



Am 21. März feierten über eine Millionen Kurden ihr nationales Fest „Newroz“. Vier Kinder zwischen zwölf und 16 Jahren spielten bei einer dieser Feierlichkeiten mit einer türkischen Fahne, warfen sie auf den Boden und später hieß es, sie hätten versucht, die Fahne anzuzünden. Danach äußerten sich Regierung und Generalstab rassistisch über die Kurden und provozierten Ausschreitungen paramilitärischer türkischer Nationalisten gegenüber Kurden. Demonstrationen, an denen türkische Soldaten und Regierungsmitglieder teilnahmen schlugen in offene Gewalt gegen Kurden um. Anfang April begann eine neue Großoffensive des türkischen Militärs in Südost-Anatolien, die bis heute andauert, obwohl die kurdischen Kämpfer seit 1999 den Waffenstillstand erklärt haben. Daraufhin verübten kurdische Kämpfer Anschläge in Großstädten. Laut New Anatolian werden wöchentlich drei bis vier LKW mit Waffen in die Türkei geschmuggelt. Es ist zu befürchten, dass mit diesen Waffen türkische Paramilitärs in den Städten ausgerüstet werden um gegen kurdische Zivilisten vorzugehen.

Ausschreitungen gegen Linke

Nicht nur dieser 20 Jahre alte Konflikt zwischen kurdischen Kämpfern und türkischem Militär und Nationalisten droht wieder zunehmend in Gewalt umzuschlagen, auch die Auseinandersetzungen zwischen rechten und linken Gruppen in der Türkei werden zunehmend gewalttätiger. Seit Oktober 2000 protestieren linke Gruppierungen gegen die Verlegung der politischen Gefangenen in die neuen F-Typ Gefängnisse (die im Gegensatz zu den bisherigen Sammelzellen EU-Stan-



dards entsprechen) mit einem Todesfahnen. Fünf Jugendliche wollten darauf aufmerksam machen und in der Hafencity Trabzon am Schwarzen Meer Flugblätter verteilen, was auch in der Türkei ein verfassungsrechtlich garantiertes Grundrecht ist. Ein Verkehrspolizist kontrollierte die Jugendlichen, las das Flugblatt durch und behauptete anschließend, die Linken hätten eine türkische Fahne verbrennen wollen. Innerhalb kürzester Zeit bildete sich daraufhin ein Mob, der 2000 Menschen umfasst haben soll, welcher die Jugendlichen durch die Stadt jagte. Am Ende wurden die Aktivisten von der Polizei festgenommen. Ihnen wird jetzt vorgeworfen, die Bevölkerung aufgehetzt zu haben. Im Anschluss kam es in mehreren Städten zu Übergriffen von Nationalisten und Paramilitärs gegen Linke, die darauf mit Anschlägen, u.A. auf das Parteibüro der MHP (Partei der

Nationalistischen Bewegung) reagierten. Die türkische Regierung rechtfertigte die rechten Attacken und bezeichnete sie als „demokratische Reaktion des Volkes“. Sie legitimierte damit Angriffe auf Verfassungsrechte wie das Verteilen von Flugblättern.

Zwang zur Gewalt

Wenn der Staat nicht mehr fähig oder willens ist, diese Rechte zu garantieren, stellt sich die Frage nach dessen Zweck und Legitimität. Das türkische Grundrecht auf Meinungs- und Gewissensfreiheit wird vom türkische Staat selbst dann bekämpft, wenn sich Menschen gegen die Ausübungen von Gewalt wehren: Vor dem Hintergrund der eskalierenden Gewalt lehnte Mehmet Tarhan seinen Militärdienst öffentlich als Zwangsdienst ab. Obwohl er offiziell kein Soldat ist, wird er im Militärgefängnis festgehalten und sein Fall wird vor dem Militärgericht verhandelt. Seine Genossen und Unterstützer wurden illegal festgenommen und von der Geheimpolizei bedroht. Das beweist, dass der Staat mit Polizei und Militär Menschen zur Ausübung von Gewalt, zum Militärdienst, zwingt. Schätzungen zufolge versuchen sich allein in der Türkei knapp eine halbe Millionen Menschen dem Militärdienst zu entziehen. Sie leben mit falschen Papieren, verstecken sich in Dörfern oder fliehen ins Ausland. Sie machen sich damit in der Türkei strafbar und werden von Polizei und Militär gesucht. Doch als Asylgrund wird die Verweigerung des Militärdienstes in den EU-Staaten nicht anerkannt. Tausende von türkischen und kurdischen Kriegsdienstverweigerern leben hier illegal.

Die politische Vita des Paul D. Wolfowitz

* **1970 bis 1972** Promotion beim Experten für Nuklearstrategie, Albert Wohlstetter. In seiner Dissertation zum Thema »Nukleare Proliferation im Mittleren Osten: Die politischen und wirtschaftlichen Aspekte von Vorschlägen zur nuklearen Entsalzung« plädiert er noch vor Inbetriebnahme für »direkte militärische Aktionen« gegen Anlagen, die waffenfähiges Material produzieren könnten.
* **1973 bis 1977** arbeitet er in der Waffenkontroll- und Abrüstungsagentur, 1976 wird er Mitglied des »Team B«, das CIA-Analysen über die militärische Stärke der Sowjetunion überprüfen sollte. Wie im Vorfeld des Irak-Kriegs 2003 bezeichnete die Arbeitsgruppe die Angaben der

CIA als naiv und lieferte mit ihrer Einschätzung die Rechtfertigung der Aufrüstung während der Reagan-Jahre.

* **1979** bezeichnet er in einer Pentagonstudie den Irak als Gefahr für Washingtons Interessen am Golf.

* **1986 bis 1989** unter Präsident Ronald Reagan Botschafter in Indonesien. Unterstützung der blutigen Suharto-Diktatur.

* **1989 bis 1993** unter Präsident Bush senior Aufstieg zum Staatssekretär im Pentagon.

* **1992** Verfasser der »Defence Planning Guidance«. Mitautor war Zalmay Khalilzad, US-Botschafter in Afghanistan und zukünftiger US-Statthalter im Irak. Mitbegründer des Project for the New Ame-

rican Century (PNAC).

* **2000** Mitautor der PNAC-Studie »Rebuilding America's Defenses«, die die Grundlage für die spätere Bush-Doktrin darstellt. Die Umsetzung der neokonservativen Pläne, so heißt es hier, würde »abseits irgendeines katalysierenden Ereignisses, ähnlich einem neuen Pearl Harbor, wahrscheinlich ein langwieriger Prozeß sein«. Kurz nach dem 11. 9. 2001 gründet er das Office of Strategic Plans, um Bedrohungsszenarien für die Rechtfertigung kommender Kriege zu entwerfen. Am 20.9.2001 fordern PNAC-Mitglieder in einem offenen Brief an Bush, den Krieg gegen den Irak sofort zu beginnen.

Neoliberaler Krieger

von Joachim Guliard und Jürgen Wagner

Ausgerechnet mit deutscher Hilfe rückte Paul Wolfowitz, Vordenker der US-Hegemonialstrategie und Chefplaner der Irak-Invasion, an die Spitze der Weltbank. Offiziell tritt er am 1. Juni seinen Posten an, doch dürfte Paul Wolfowitz schon auf der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF in der kommenden Woche erste Weichen stellen. Das Direktorium der Weltbank hatte in der vergangenen Woche den stellvertretenden Verteidigungsminister der USA einstimmig in seinem neuen Amt als Chef der Institution bestätigt, deren offizielle Aufgabe die Bekämpfung der Armut in der Welt ist.

Missionarischer Eiferer

Es gibt viele Spekulationen, warum Washington gerade diesen missionarischen Eiferer für den Job auserkoren hat. Viele sehen die Berufung als weiteren Schritt der »Neokonservativen«, das heißt der radikalen Falken in Washington, bei der Durchsetzung ihrer globalen Strategie. Sicherlich spricht einiges dafür. In erster Linie aber sollte auf diese Weise wohl nach der Nummer drei, Douglas Feith, nun auch die Nummer zwei im Pentagon und einer der Hauptverantwortlichen für das Desaster im Irak aus dem Pentagon hinausbefördert werden.

Für die übrige Welt ist diese selbstherrliche Personalentscheidung eine Provokation. Zwar war die Weltbank auch bisher weniger eine Institution zur Armutsbekämpfung als ein Instrument der mächtigen Industriestaaten bei der Durchsetzung ihrer Interessen. Nun droht sie aber zum Werkzeug »neokonservativer« Ideologen und zum verlängerten Arm des Pentagons zu werden. Verständlicherweise erhob sich lauter Widerspruch, sowohl innerhalb der Weltbank als auch auf internationaler Ebene.

Die Proteste verpufften jedoch rasch. Insbesondere die deutsche Regierung hatte ihnen mit ihrer raschen Unterstützungserklärung den Wind aus den Segeln genommen. Auch die anderen EU-Staaten zügelten ihre Kritik. Kein Wunder, denn schon während Bushs Europa-Besuch Anfang Februar wurde ein »transatlantisches Personalpaket« (Andreas Zumach) geschnürt. Bereits zu diesem Zeitpunkt war die Wahl von Wolfowitz beschlossene Sache, alles, was folgte, lediglich Schmierentheater. Im Austausch für die

europäische Zustimmung, so die getroffene Abmachung, gab Washington in dieser Woche eine Unterstützungszusage für Pascal Lamy, den EU-Kandidaten für den im Sommer neu zu besetzenden Posten des WTO-Generaldirektors.

Dieser üble Deal ebnete einem Mann den Weg an die Spitze der Weltbank, der nicht nur stets offen dafür eintrat, US-Interessen über multilaterale Abkommen und internationales Recht zu stellen, Wolfowitz ist auch für schwerste Kriegsverbrechen verantwortlich. Zwei Angriffskriege mit mehr als 100 000 toten Zivilisten und ein Netz von Internierungslagern verteilt über den Globus führt der Amerikaner auf seinem Weg zur Weltbankspitze mit sich im Gepäck. Er hat persönlich – wie vor kurzem veröffentlichte FBI Dokumente bestätigen – spezielle Foltertechniken in Guantánamo autorisiert. Weitere »Verdienste«, die ihn offenbar als Bankchef empfahlen, sind die systematische Täuschung der Öffentlichkeit und die Veruntreuung von Milliarden irakischer Gelder.

Vor allem aber ist Wolfowitz einer der führenden »Neokonservativen« und maßgeblicher Vordenker der amerikanischen Hegemonialstrategie, mit der die USA – und insofern ist seine Ernennung zum Weltbankchef von besonderer Brisanz – mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung neoliberaler Ausbeutungsverhältnisse sorgen wollen.

Rivalen kleinhalten

Es war Wolfowitz, der schon 1992 in den »Verteidigungsrichtlinien« des Pentagons (Defence Planning Guidance) die Grundzüge der Präventionsstrategie formulierte. Hauptziele dabei sind die Verhinderung des Aufstiegs von globalen oder regionalen Rivalen und die Sicherung von US-Interessen durch die Verbreitung »amerikanischer Werte«. Konkret geht es um die Durchsetzung offener Wirtschaftssysteme in der Welt und den freien »Zugang zu den wichtigsten Rohstoffen«, insbesondere den Ölvorkommen am Persischen Golf. Es gehe darum, so wörtlich, »die hochentwickelten Industrieländer von jedem Versuch abzuhalten, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen [und] die Mechanismen aufrechtzuerhalten, um möglichen Konkurrenten alle Hoffnung auf

eine größere regionale oder globale Rolle zu nehmen«.

Seit September 2002 sind diese Ziele Kern der Nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) der USA und somit offizieller Bestandteil amerikanischer Politik. Diese ist ausgerichtet auf die Ausweitung des neoliberalen Systems und verlangt »Gesellschaften für Handel und Investitionen [zu] öffnen. ... Freie Märkte und freier Handel sind Schlüsselprioritäten unserer nationalen Sicherheitsstrategie.«

Für Wolfowitz sind dabei US-amerikanische Vormachtstellung und neoliberale Ausbeutungsverhältnisse zwei Seiten derselben Weltordnung: »Der wichtigste sozio-ökonomische Trend der Welt nach dem Kalten Krieg wird häufig als »Globalisierung« beschrieben und das Weltsystem internationaler Politik häufig als »unipolar«. Diese beiden Begriffe könnten lediglich unterschiedliche Beschreibungen desselben Phänomens sein, da sich die Globalisierung ... im Kontext der globalen Dominanz amerikanischer ökonomischer und politischer Vorstellungen vollzieht.«

Max Boot, ein anderer prominenter Neokonservativer, drückte dies so aus: »Aufgrund der historischen Belastung des Begriffs »Imperialismus« gibt es für die US-Regierung keine Notwendigkeit, ihn zu übernehmen. Aber er sollte definitiv die Praxis bestimmen. [...] Dies bedeutet, Eigentumsrechte, Rechtssicherheit [für transnational operierende Konzerne], freie Meinungsäußerung und andere Garantien durchzusetzen, wenn es sein muß, mit Waffengewalt.«

Wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder vor diesem Hintergrund »gelegentlich den Eindruck« hat, daß man noch »positiv überrascht« sein werde von der Arbeit des neuen Weltbankchefs und Außenminister Joseph Fischer sich gegen »vorgefertigte Meinungen« wendet, verstärkt sich erneut ein anderer Eindruck: daß nicht nur Wolfowitz eine Fehlbesetzung ist.



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.
Die Beiträge spiegeln nicht notwendiger Weise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154